

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 24. März 2014**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

33. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.03 Uhr

Ende der Sitzung: 18.54 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 32. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2013 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Christa Raggl-Mühlberger

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Heinrich Taitl

Heribert Helm

Mag. Günter Lehner

Manfred Wiesinger

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Brigitte Wartinger

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Andreas Weidinger

Augustine Hacker

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schritfführer:

W.AR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. KR. Willibald Baumgartner (FPÖ)

GR. Herbert Pernkopf (ÖVP)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 13.03.2013 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage von GR. Dipl.-Ing. Renate Leitinger an Bürgermeister Dr. Peter Koits betreffend Bericht des Rechnungshofes zur Welser Heimstätte: (DI-Verf-078-2014)

Bgm. Dr. Koits: Frau GR. Dipl.-Ing. Leitinger richtete an mich folgende Anfrage:

Qualitätvoller und leistbarer Wohnraum ist für jeden Menschen ein Grundbedürfnis. Die Welser Heimstätte als gemeinnützige Bauvereinigung sollte dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Im Jahr 2011 hat der Rechnungshof auch die Welser Heimstätte geprüft und in seinem Bericht dazu auf Missstände bei der Heimstätte hingewiesen.

Bgm. Dr. Koits merkt an, dass er das Wort „Missstände“ so nicht stehen lassen möchte – aber der Antrag lautet so – und fährt dann weiter mit der Vortragung der Anfrage.

Diese Missstände führen dazu, dass die Mietkosten für die BewohnerInnen höher als unbedingt notwendig sind und bei der Qualität der angebotenen Wohnungen nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Unter anderem wurde vom Rechnungshof bemängelt:

1. Die drei gemeinnützigen Bauvereinigungen schöpften bei der Berechnung der Miete die in der Entgeltrichtlinienverordnung 1994 festgelegten Höchstsätze aus, obwohl ihre ausgewiesenen Kosten teilweise erheblich darunter lagen.
2. Die hohen Leerstehungskosten: “Die jährlichen Leerstehungskosten für Wohnungen und Geschäfte erhöhten sich von 2005 bis 2008 bei der Welser Heimstätte auf 187% ...“ und damit um wesentlich mehr als bei den beiden anderen untersuchten Wohnbauträgern.
3. Dass die Welser Heimstätte (im Zeitraum 2005-2008) 12 von 18 Bauvorhaben an den gleichen Architekten vergab und bei der Vergabe der Planungsleistungen ein breiter Wettbewerb nicht sichergestellt war.
4. Dass die Vergabe der Bauleistungen durch die Welser Heimstätte „wegen der Lokalpräferenzen und Zugangsbeschränkungen sowie der frei gestalteten Vergabever-

fahren nicht den Grundsätzen des freien Wettbewerbs und der Gleichbehandlung der Bieter“, entsprach.

Folgende Fragen wurden an mich gerichtet:

1. Welche Maßnahmen seit 2011 konkret ergriffen wurden, um die vom Rechnungshof im Bericht (Seiten 13-24) bemängelten Missstände zu beheben?
2. Ob die ergriffenen Maßnahmen zu wesentlichen Fortschritten, wie zum Beispiel zu einer Reduktion der Bauverwaltungskosten oder des Zinssatzes für den Einsatz von Eigenmitteln und damit am Ende zu kostengünstigeren Mieten für die BewohnerInnen geführt haben?

Ich nehme dazu Kontakt mit der Welser Heimstätte auf und ich werde ihnen die Beantwortung dieser Anfrage schriftlich übermitteln.

Anfrage von GR. Mag. Walter Teubl gem. § 10 GOGR an Vizebürgermeister Hermann Wimmer betreffend Haftung der Stadt Wels:
(DI-Verf-077-2014)

Bgm. Dr. Koits verliest folgende Anfrage:

Der Fall Hypo-Alpe-Adria hat gezeigt, wie verhängnisvoll allzu großzügig verteilte Haftungen im Extremfall werden können.

In einem Amtsbericht vom 2.1.2014 ist die Rede davon, dass die Haftungen der Stadt Wels bereits 38,81 % der Einnahmen des ordentlichen Haushalts betragen und somit weitere Haftungsübernahmen durch die Stadt beim Land Oberösterreich genehmigungspflichtig sind.

Die Fraktion der Grünen stellt daher nun folgende Anfragen an sie:

- Wie hoch ist die Summe der übernommenen Haftungen aktuell?
- Wie hoch schätzen sie das Risiko ein, dass eine der bislang durch die Stadt Wels übernommenen Haftungen schlagend wird?
- Bis zu welchem prozentuellen Anteil am ordentlichen Haushalt würden sie weitere Haftungsübernahmen bedenkenlos empfehlen?

Vzbgm. Wimmer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Walter Teubl! Zunächst möchte ich mich bei dir dafür bedanken, diese Anfrage an mich gerichtet zu haben. Es ist nicht oft so als Finanzreferent außerhalb der Budgetdebatte die Chance zu haben in ausführlicher Form zur Finanzlage der Stadt Wels Stellung zu nehmen. Ich bin dankbar für den Hinweis in der Einleitung deiner Anfrage auf die Hypo-Alpe-Adria und darf gleich zu Beginn versichern, dass die Stadt Wels keinerlei Haftungen für irgendwelche gierigen Anleger übernommen hat oder für Projekte am Balkan oder ähnliches. Dazu möchte ich unseren Außenminister Kurz zitieren, der vor 14 Tagen im Kurier sagte: „Was sich hier in Kärnten mit der Hypo-Alpe-Adria abgespielt hat ist ein Verbrechen am Steuerzahler und verantwortlich dafür ist die FPÖ.“ Dem möchte ich zu diesem Thema nichts hinzufügen.

Nachdem Haftungen nicht zu trennen sind von der Finanzlage der Stadt Wels im Allgemeinen, vom Verschuldungsgrad, vom Budget, vom Rechnungsabschluss im Besonderen, möchte ich dich und dadurch natürlich den gesamten Gemeinderat sowie die anwesenden Zuseher informieren, wie sich das vor wenigen Tagen fertiggestellte Ergebnis des Rechnungsabschlusses 2013 darstellt. Die Vorlage des Rechnungsabschlusses an den Gemeinderat erfolgt planmäßig in der Sitzung im Mai dieses Jahres.

Punkt 1 zum Rechnungsabschluss: Die im Voranschlag 2013 zum Ausgleich eingesetzte Rücklage aus veranlagten Mitteln in Höhe von 2,849.900 Euro musste zur Gänze nicht verwendet werden. Wir mussten also zum Ausgleich keinerlei Rücklagen einsetzen. Natürlich verkauften wir – wie das öfters kolportiert wurde, aber nicht der Wahrheit entspricht - keinerlei Familiensilber.

Punkt 2: Die allgemeine Ausgleichsrücklage erhöhte sich im Vergleich zum Rechnungsabschluss 2012 von knapp 1,7 Mio. Euro auf über 1,8 Mio. Euro, wobei dieser Betrag durch Abrechnungsreste und andere buchhalterische Vorgänge natürlich gebunden ist.

Punkt 3: Dieses erfreuliche Ergebnis ist in erster Linie auf Einsparungen im Ausgabenbereich, insbesondere auch im Personalbereich und im Sachausgabenbereich zurückzuführen. Hier gebührt unser aller Dank Bürgermeister Dr. Koits als Personalreferent, denn hier konnten bei den Personalposten fast 1,6 Mio. Euro eingespart werden. Viel wichtiger sind aber die klassischen Kennzahlen zu einem Budget, zu einem Rechnungsabschluss. Hier zeigt sich eine sehr deutliche Verbesserung im Vergleich zu den letzten Jahren. Die letzten Jahre waren natürlich sehr stark geprägt von den negativen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Über einige dieser wesentlichen Kennzahlen, weil sie nicht nur hier im Gemeinderat, sondern auch öffentlich immer wieder diskutiert wurden, möchte ich berichten. Das Ergebnis der laufenden Gebarung ist mit 2,6 Mio. Euro deutlich positiv. Ich erinnere sie daran, im Vorjahr war dieses Ergebnis noch mit 0,2 Mio. Euro negativ. Daraus ergibt sich auch eine positive öffentliche Sparquote von 1,4 %. Es ist dies eine Kennzahl, die das Verhältnis zwischen dem Ergebnis der laufenden Gebarung zu den laufenden Ausgaben herstellt. Natürlich kann und muss man hier – gerade ich als Finanzreferent bin bestrebt – weitere Verbesserungen erzielen. Aber aus dieser wichtigen Kennzahl erkennen sie, dass wir im Jahr 2013 weniger ausgaben als wir einnahmen. Um diese Situation beneiden uns sehr viele österreichische Gemeinden, insbesondere sehr viele oberösterreichische Gemeinden.

Bezogen auf den ordentlichen Haushalt beträgt das Ergebnis der laufenden Gebarung, gemäß dem Entwurf des Rechnungsabschlusses 2013 5,5 Mio. Euro und steigt damit wieder deutlich in Richtung des Niveaus von ca. 7,7 Mio. Euro, welches wir noch vor der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 hatten.

Beim Thema Verschuldung komme ich bei den Haftungen im Detail darauf zu sprechen. Es liegen hier entsprechende gesetzliche Regelungen vor - Regelungen des Stabilitätspaktes, aber auch Regelungen des Landes Oberösterreich. So ist es der Stadt Wels gestattet, jedes Jahr eine Nettoneuverschuldung in der Höhe von 15 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes durchzuführen. Unter den Kriterien unseres Statutes und der Geschäftsordnung des Gemeinderates mit 2/3 Mehrheit hier im Gemeinderat wären dies 30,6 Mio. Euro. Wir gelangten für das Budget 2014 durch das gemeinsam ehrgeizig beschlossene Investitionsprogramm alle sehr an diese Grenze, überschritten sie aber nicht.

Viel wichtiger als das Thema des Verschuldungsgrades ist das Thema der Finanzierungskosten. Kann sich die Stadt Wels – erlaubt es unsere Finanzlage, erlaubt es unser Budget – diese Darlehen leisten? Können wir die entsprechende Tilgungen tätigen, können wir die Zinsen dafür bezahlen? Das ist deshalb von so großer Bedeutung, weil die Finanzierungskosten im ordentlichen Haushalt dargestellt werden müssen. Sie sind im ordentlichen Haushalt dargestellt, trotzdem sind wir nach den von mir vorgetragene Ziffern des Rechnungsabschlusses hier sehr deutlich positiv. Aber auch für diese Finanzierungskosten gibt es eine gesetzliche Regelung, welche vorsieht, dass die jährlichen Finanzierungskosten 15 % des Ergebnisses des ordentlichen Haushaltes nicht überschreiten dürfen. Das wären wie bei der Nettoneuverschuldung 30,6 Mio. Euro. Wir haben im Jahr 2014 im vom Gemeinderat beschlossenen Budget Finanzierungskosten von 4,3 Mio. Euro geplant. 4,3 Mio. Euro, das sind 2,1 % des Ergebnisses des ordentlichen Haushaltes. Sie sehen, 15 % sind zulässig - wir sind bei 2,1 %. Das heißt, wir sind hier weit, weit unter den gesetzlich festgelegten oberen Grenzwerten.

Auch das Maastricht-Ergebnis des Kernhaushaltes der Stadt Wels ist mit knapp –0,3 Mio. Euro deutlich besser als in den letzten Jahren. Mit den letzten Jahren meine ich immer seit der Wirtschaftskrise, wo das Minus zwischen 5 und 21 Mio. auszuweisen war. Ich sage dazu, so wie bei jeder meiner Budgeterklärungen, dass das Maastricht-Ergebnis eine von der EU und vom österreichischen Parlament natürlich nachvollzogene, eher willkürliche Festlegung eines bestimmten Prozentsatzes (berühmten 3 % des BIP) darstellt und der reale Hintergrund für mich nicht nachvollziehbar ist. Aber auch hier sind wir, um dieser formalen Vorschrift zu genügen, auf bestem Weg.

Ich darf darauf hinweisen, dass sich der Schuldenstand gemäß Rechnungsabschluss 2013 im Vergleich zum Rechnungsabschluss 2012 nur um rund 2,5 Mio. Euro auf 55,6 Mio. Euro erhöht hat und somit auch die Pro-Kopf-Verschuldung in der Stadt Wels, gemäß diesem Rechnungsabschluss 2013, „nur“ bei 934 Euro liegt und damit nur geringfügig höher ist als im Rechnungsabschluss 2012 ausgewiesen. Natürlich wäre es mir lieber keine Pro-Kopf-Verschuldung auszuweisen. Bis zum Jahr 2009 waren wir eine schuldenfreie Stadt und hatten damit auch keine Pro-Kopf-Verschuldung. 2009 mussten wir wieder in die Verschuldung gehen, allerdings unter der Prämisse, sehr wichtige Investitionsvorhaben, die jeweils mit 2/3 Mehrheit im Gemeinderat beschlossen wurden, umsetzen zu können. Das heißt, wir wählten ganz bewusst diesen Weg, wie andere Körperschaften des öffentlichen Rechtes und nahezu jedes private Unternehmen auch, die langfristige Investitionen mit Darlehen finanzieren.

GR. Prof. Mag. Teubl hält ein Schild mit der Aufschrift „Thema“ hoch.

Vzbgm. Wimmer: Lieber Kollege Teubl, ich versichere dir, alles Gesagte gehört zu diesem Thema. Ich kann die Haftungen nicht isoliert betrachten ohne die gesamte wirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Situation der Stadt Wels zu kennen und zu beleuchten. Bei den Haftungen sieht die gesetzliche Regelung wie folgt aus: Gemäß § 59 Abs. 2 des Statutes der Stadt Wels ist eine aufsichtsbehördliche Genehmigung durch die Landesregierung für die Übernahme von Haftungen erforderlich, wenn dadurch der Gesamtstand der von der Stadt übernommenen Haftungen ein Drittel der Einnahmen des ordentlichen Voranschlags des laufenden Rechnungsjahres übersteigt. Unter dieser Grenze ist eine Haftungsübernahme der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes gemäß Voranschlag 2014 betragen 203,721.500 Euro. Der Gesamtstand der Haftungen zum Rechnungsabschluss 2013 beträgt 67,636.886,50

Euro, das sind 33,2 Prozent. Im Amtsbericht vom 02.01.2014 wurde eine vom Gemeinderat 2011 beschlossene Haftungsübernahme der Immo KG für das Projekt Neue Mittelschule 8, Lichtenegg, betreffend die Sanierung und den Ausbau der Schule, sowie den Neubau einer Sporthalle, in der Höhe von 4,7 Mio. Euro bereits berücksichtigt. Die diesbezügliche Darlehensaufnahme ist im ersten Halbjahr 2014 geplant. Weiters lag zu diesem Zeitpunkt der Wert des Rechnungsabschlusses 2012 mit 74,4 Mio. Euro Haftungen zu Grunde, sodass sich der von dir angesprochene Wert von 38,81 % errechnete. Die Haftungen laut Rechnungsabschluss 2013 reduzierten sich sogar um 6,7 Mio. Euro.

Gemäß Oö. Haftungsobergrenzenverordnung vom 31.12.2012 - erlassen auf Grund des Stabilitätspaktes – liegt die vom Land Oberösterreich für Wels festgelegte Haftungsobergrenze bei 150 % der Gesamtjahreseinnahmen nach Abschnitt 92 (VRV 1997) des zweitvorangegangenen Haushaltsjahres – in diesem Fall das Jahr 2012. Gemäß Rechnungsabschluss 2012 betragen die Einnahmen des Abschnitts 92 111,284.813 Mio. Euro und somit beträgt die vom Land festgelegte Haftungsobergrenze 166 Mio. Euro bzw. ist diese gemäß Rechnungsabschluss 2013 erst zu 40,5 % ausgenützt.

Wir haben Haftungen für den Abwasserverband Welser Heide in der Höhe von 10,323.450,30 Euro übernommen. Für die EWW AG, für Projekte im Kanal- und Wasserbereich, 5,533.341,95 Euro, sodass sich eine Gesamthaftungssumme für Wasser und Kanal in unserer Stadt, die in unserem Namen und Auftrag von der EWW AG und dem Abwasserverband Welser Heide, der wiederum von der EWW AG dominiert ist, in Höhe von 15,8 Mio. Euro ergibt. Für die Holding Wels Immobilien GmbH übernehmen wir Haftungen in der Höhe von 14,6 Mio. Euro und für die Holding Wels Direkthaftungen in der Höhe von 13,6 Mio. Euro, für die WBA Haftungen in der Höhe von 9,4 Mio. Euro. Die Haftungen der WBA beziehen sich ausschließlich aktuell auf das Grundstück Wimpassing. Das heißt, alle diese Gesellschaften stehen im 100-prozentigen Eigentum der Stadt Wels und 79,3 % unserer Gesamthaftungen, die wir übernommen haben, das sind 53,616.139,68 Euro betreffen Gesellschaften, die zu 100 % im Eigentum der Stadt Wels stehen. Es gibt dann noch eine vom Land Oberösterreich gesetzlich verlangte Haftung für die AVE, für die Deponie im Bereich der AVE, in Höhe von 6 Mio. Euro. Weiters gibt es noch eine Pensionsverpflichtungshaftung für die Allgemeine Sparkasse Oberösterreich in Höhe von 7,9 Mio. Euro. Dies deshalb, weil im Zuge des Fusionsvertrages mit der Sparkasse Oberösterreich in den frühen 90er-Jahren diese Garantie von der Stadt Wels für ehemalige Mitarbeiter der Sparkasse Wels, die jetzt bei der Sparkasse Oberösterreich beschäftigt sind, übernommen wurde. Diese Pensionshaftungen reduzieren sich natürlich von Jahr zu Jahr entsprechend. Zusammenfassend kann man daher sagen, dass 79,3 % unseres Haftungsvolumens mittelbar Gesellschaften betrifft, die im 100%en Eigentum der Stadt Wels stehen. Warum gingen wir diese Haftungen ein? Hinter diesen Unternehmen steckt eine gewisse Ertragskraft bzw. ein entsprechender Vermögenswert. Auf diese Haftungen ging ja nicht ich ein, sondern auf meinem Vorschlag auch der Gemeinderat mit 2/3 Mehrheit.

Ich möchte ganz klar zum Ausdruck bringen, dass ich in die Organe der EWW AG und in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Aufsichtsratsvorstandes ein entsprechendes Vertrauen habe, dass sich diese Haftungen für die Stadt Wels in keiner Art und Weise negativ auswirken werden. 9 % betreffen die vom Land Oberösterreich gesetzlich vorgeschriebene Haftung für die Deponie und rund 11,7 % bzw. knapp 8 Mio. Euro betreffen die bereits angesprochene Haftung resultierend aus der Eingliederung der Sparkasse Wels in die Allgemeine Sparkasse Oberösterreich im Jahr 1990. Auch bei der Spar-

kasse OÖ. gilt, dass die Bonität dieses Unternehmens und die Qualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vorstandes und des Aufsichtsrates hier keinerlei Befürchtungen zum Ausdruck bringen.

Die weitere Übernahme von Haftungen wird aus meiner Sicht in erster Linie die Immo KG betreffen und hier hat wiederum der Gemeinderat im Gesellschaftsvertrag festgelegt, die Immo KG darf Darlehen nur mit einer Haftung der Stadt Wels aufnehmen. Die enormen wirtschaftlichen Gründe möchte ich nicht näher ausführen, denn es ist ganz klar, mit einer Haftung der Stadt Wels stellen sich die Konditionen bei der Aufnahme eines Darlehens günstiger dar.

Herr Finanzdirektor Dr. Barth bat mich sie darüber zu informieren, dass sich die bisherigen Haftungserklärungen gemäß § 1356 ABGB der Bankenaufsicht bei Banken für günstigere Konditionen ohne Eigenmittelhinterlegungspflicht nicht mehr genügt, sondern Haftungserklärungen nach § 1357 ABGB, Haftungen als Bürge und Zahler, verlangt werden. Das macht für uns keinen Unterschied, aber der Unterschied liegt wieder im wirtschaftlichen Bereich. In einer Größenordnung von rund einem $\frac{3}{4}$ Prozent höheren Zinssatz würden wir das nicht machen. Mein Vorschlag wäre deshalb ein entsprechender Antrag im nächsten Gemeinderat, die bereits beschlossenen Haftungserklärungen für Projekte der Immo KG auf § 1357 ABGB zu ändern, um im Konzerninteresse der Stadt Wels günstigere Konditionen für unsere Darlehen zu erzielen.

Bis zu welcher Höhe sind Haftungsübernahmen bedenkenlos zu empfehlen? Für mich ist ganz klar, eine bedenkenlose Haftungsübernahme kommt für mich überhaupt nicht in Frage. Sie muss entsprechend begründet sein, sie muss im Interesse der Stadt Wels liegen und letztlich muss sie im Gemeinderat die Zustimmung von 2/3 der Mitglieder finden. Die Haftungsobergrenzenverordnung des Landes Oberösterreich sieht die Grenze bei derzeitiger Berechnung nach knapp 167 Mio. Euro. Das heißt, es wären theoretisch noch Haftungsübernahmen bis zu einer Höhe von 100 Mio. Euro zusätzlich möglich. So weit weg sind wir im Moment von der tatsächlichen Haftungsobergrenze. Mir persönlich ist alles andere natürlich lieber. Mir ist lieber, wenn wir vorzeitig Schulden tilgen können. Das müsste eigentlich unser gemeinsames Ziel sein.

Aus dem Referat vom Kollegen Kroiß vernahm ich mit großer Freude, bei der Salzstreuung wurden in diesem Winter 440.000 Euro nicht benötigt. Dem Winterdienst der Stadt Wels kam bei den Finanzen der sehr milde Winter entgegen. Es bietet sich hier an vorzeitig Darlehen zu tilgen, andererseits gibt es immer wieder zusätzliche Wünsche. Jeder hat sofort Ideen, davon ist keine Fraktion ausgenommen. In diesem Zusammenhang fällt mir gerade ein, gleichzeitig mit dieser Einsparung von 440.000 Euro erhalte ich einen von Dr. Rabl unterschriebenen Antrag über 100.000 Euro für das Marketing seines Fuzo-Projektes zur Verfügung zu stellen, welches im Budget nicht vorgesehen ist. 100.000 Euro für die Eröffnung eines Pflasters – ein stolzer Betrag!

Zwischenruf Vzbgm. Dr. Rabl: Das wurde einstimmig im Gemeinderat - auch von der SPÖ-Fraktion – beschlossen!

Vzbgm. Wimmer: Ich kenne keinen Finanzierungsbeschluss für diese 100.000 Euro.

Vzbgm. Dr. Rabl: Einstimmiger Beschluss am 01. Juli 2013!

Vzbgm. Wimmer: Natürlich gibt es auch eine Reihe von offenen Projekten, wenn wir vom Verschuldungsgrad und damit von Haftungen sprechen. Die Immo KG ist ja jene Institution in unserer Stadt, die gerade im Schul- und Bildungsbereich unsere Bauvorhaben abwickelt und dort müssen wir laut Gesellschaftsvertrag die Haftungen übernehmen, sonst gibt es das Projekt nicht. Herr StR. Zaunmüller sprach mich vor der Sitzung an, dass er bezüglich dem offenen Thema „Schule Puchberg“ zu einer Besprechung einladen wird. Wir kennen die Problematik in dieser und vielen anderen Schulen und anderen Projekten. Wir wissen, dass wir im Bereich des Sportes

Zwischenruf Vzbgm. Dr. Rabl: Es handelt sich hier um keine Budgetrede, irgendwann muss das schon ein Ende haben! Dass hier eine Budgetrede gehalten wird, ist unzumutbar! Die Schule Puchberg hat mit dieser Anfrage gar nichts zu tun – es ist eine Ausdehnung der Geschäftsordnung.

Bgm. Dr. Koits: Herr Dr. Rabl, sie sind nicht am Wort! Dazu haben sie später noch die Möglichkeit.

Vzbgm. Wimmer: Es ist für Herrn Dr. Rabl natürlich schwierig sich an demokratische Geschäftsordnungsgepflogenheiten zu halten. Ich lasse mich in meiner Anfragebeantwortung in keiner Weise einschränken oder gar zensurieren. Künftige Haftungen, die uns im Bereich der Immo KG treffen werden, die mit Schulbauten verbunden sind, sind ein wichtiger Teil dieser Anfragebeantwortung. Wenngleich es auch im Sportbereich noch wichtige Projekte umzusetzen gibt. Wir alle wissen, im Bereich der Personalkosten kommen auf Grund des Lohnabschlusses höhere Aufwendungen als geplant auf uns zu. Dank an Dr. Csar, der bereits bei seiner Budgetrede auf diesen Umstand hinwies und sich über einen höheren Lohnabschluss der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freute. Ich freue mich natürlich auch, weil das mittelbar im Falle der Pensionierung auch bei mir schlagend wird.

Es war wichtig neben dem Thema Haftungen, die untrennbar mit der Finanzlage verbunden sind, diese Erläuterungen zu geben und hoffe die Anfrage des Kollegen Mag. Teubl damit umfassend beantwortet zu haben.

Bgm. Dr. Koits: Ich bin sehr froh darüber, dass der Finanzreferent unsere finanzielle Situation einmal in aller Deutlichkeit aufzeigte. Er legte vor allem die vorsichtige Budgetpolitik auf, die in letzten Jahren Platz ergriff. So wissen nun alle über möglicherweise auftretende Themen Bescheid, deshalb diese etwas längeren Erläuterungen, in denen die Summen genannt wurden um die es derzeit geht.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Zu im Gemeinderat beschlossenen Resolutionen darf ich Folgendes berichten:

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Schritte für eine nachhaltige Sanierung der Gemeindefinanzen:
(DI-Verf-224-2013)

Zum Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Schritte für eine nachhaltige Sanierung der Gemeindefinanzen hat das Land Oberösterreich insbesondere mit-

geteilt, dass ein Projektauftrag für ein Projekt „Gemeindefinanzierung neu“ ausgearbeitet wird.

Initiativantrag der SPÖ- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Ausweitung der Jugendnetzkarte:
(DI-Verf-323-2013)

Zum Initiativantrag der SPÖ- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Ausweitung der Jugendnetzkarte hat der Ministerratsdienst des Bundeskanzleramtes berichtet, dass das Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung auch das Vorhaben der Sicherstellung der Mobilität aller Jugendlichen in schulischer und schulähnlicher Ausbildung durch Ausweitung des bestehenden Top-Jugendtickets auf bisher nicht erfasste Gruppen beinhaltet.

Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Koits informiert, dass seitens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion rechtzeitig ein Thema zur „Aktuellen Stunde“ bekannt gegeben wurde und ersucht um eine Wortmeldung der SPÖ-Fraktion.

Verkehrssituation in der Welser Neustadt:

GR. Hoflehner: Zu Beginn möchte ich einen Dank dafür aussprechen im Gemeinderat ein Thema beleuchten zu können, welches mich als Gemeinderat schon sehr lange begleitet und beschäftigt. Wahrscheinlich wird es dem einen oder anderen Gemeinderat ähnlich ergehen. Seit 2003 gehöre ich diesem Gemeinderat an und beschäftige mich mit dem Thema ruhender und fließender Verkehr in der Stadt Wels, insbesondere in der Neustadt. Zum Thema Verkehr sind ausschließlich 100-prozentige Expertinnen und Experten vorhanden. Das heißt, jeder Verkehrsteilnehmer, ob Autofahrer, Radfahrer oder Fußgänger ist Verkehrsexperte, was die Sache oft nicht einfacher macht. Beim Thema ruhenden Verkehr macht es einen großen Unterschied, ob ich Anrainer in einem großen Stadtteil - wie der Neustadt - bin oder ob ich ein- oder auspendle.

Ein kurzer geschichtlicher Rückblick: Die Neustadt wurde Ende 19./Anfang 20. Jahrhundert dazu herangezogen das Industriegebiet anzusiedeln. Das alles liegt jetzt mehr als 100 Jahre zurück. In der Zwischenzeit entwickelte sich die Neustadt ganz anders. Die Neustadt als Stadtteil stellt sich für mich als Neustädter als liebenswerter, rasch sich entwickelnder prosperierender Stadtteil dar. Dieser Stadtteil hat sehr viel zu bieten - das war nicht immer so - dabei spreche ich ein stark die Innenstadt betreffendes Thema an – die Nahversorgung. In der Neustadt entstand durch Wohnbau, Bildungseinrichtungen, Dienstleistungen, Handel und Gewerbe und das Klinikum letztendlich ein toller Stadtteil. Natürlich hat diese Entwicklung auch negative Seiten. Der Verkehr ist, wie so oft, so etwas wie ein Symptomträger.

Als Neustädter bin ICH natürlich auch Verkehrsteilnehmer, in diesem Bereich veränderten sich die Verhältnisse. Zu Hause hat man einen Privat-PKW, einen Zweitwagen, man ist Verkehrsteilnehmer und pendelt aus oder fährt in die Innenstadt. Die Mobilitätsfrage in der Stadt Wels wurde vom Land Oberösterreich untersucht. Das Mobilitätsverhalten der Wohnbevölkerung und das Verkehrsaufkommen wurde im Jahre 2014 veröffentlicht,

wozu im Gemeinderat diverse Aussagen bis hin zu „völlig gescheitert“ getätigt wurden. Das kann aus unterschiedlichen Perspektiven unterschiedlich gesehen werden. Es ist auf jeden Fall diskursiv.

In der Neustadt als beispielhafter Stadtteil ereignete sich in den letzten Jahren eine unheimliche Form von Verdichtung. Dabei denke ich besonders an das Geviert Wallerer Straße, Römerstraße, Osttangente, Flotzingerplatz, Flurgasse und den Bereich des Klinikums. Dort befindet sich das Gesundheitsamt, Betreubares Wohnen, das Alten- und Pflegeheim, die Bildungseinrichtung HBLW Wels, die Firma Lutz, etc. und Anrainer. Es gibt unterschiedliche Interessen. Es handelt sich dabei um einen konflikträchtigen Raum, den Verkehr im ruhenden und fließenden Sinn betreffend.

Wie wird dieser Mobilitätsbereich geregelt? Dazu gibt es auch wieder sehr unterschiedliche Meinungen welche Maßnahmen getroffen werden, um diese Situationen möglichst allen gerecht zu werden. Zum Thema „öffentliche Verkehrsmittel“ kommen wir noch beim Tagesordnungspunkt bezüglich Umwelt-Jahreskarte Linie Wels zu sprechen, mit der wir über eine Intervention der Stadt Wels die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs erhöhen möchten.

Das für uns alle wichtige Klinikum ist für die Neustadt immer ein Thema. Mitten in der Stadt befindet sich ein bestens ausgestattetes Klinikum mit einem dementsprechenden Verbrauch an Ressourcen – auch an räumlichen. Ich möchte darauf hinweisen, wenn die Übersiedlung der Psychiatrie aus dem Bereich der Linzer Straße bzw. die Errichtung eines Tagesklinikums im Bereich der Flurgasse/Grieskirchner Straße abgeschlossen ist, wird sich die Situation des ruhenden bzw. des fließenden Verkehrs sicher noch einmal anders darstellen.

Die Parkgarage am Bahnhof verfolgt uns schon sehr lange. In einem Bericht des Städtebundes aus dem Jahre 2000 steht, dass mit der Planung und der Errichtung eines neuen Bahnhofes auch eine Parkgarage mit (damals) 400 Stellplätzen entstehen wird. Das war im Jahr 2000. Im Jahr 2005 wurde der Bahnhof eröffnet, jetzt schreiben wir das Jahr 2014 und diese Parkfläche ist über die Jahre hinweg immer ein guter Anlass für die Sorgen von politisch tätigen Menschen, die gerne wüssten, wie das jetzt weitergehen wird. Es gab seitens der Stadt über die Jahre hinweg sehr viele Bemühungen. Meiner Meinung nach auch Bemühungen, die über das Maß hinausgingen. Letztendlich kam es aber bisher zu keiner Einigung, vor allem mit den ÖBB. Nach 14 Jahren der Diskussion um eine Parkgarage könnte auch nach Alternativen gesucht werden.

Dinge, die mich zu folgender unwissenschaftlichen, subjektiven These veranlassten:

1. Die Stadtentwicklung in der Neustadt geschieht ständig und dauernd, sie schafft Tatsachen und reale Gegebenheiten und neue Aufgabenstellungen.
2. Der Neustädterin und dem Neustädter fällt es schwer hinter dieser Entwicklung geordnete und politisch koordinierte Pläne und Ziele zu erkennen. Es entsteht oft der Eindruck, als würde alles eher reaktiv ablaufen, so als würden hier die Interessen Einzelner bedient werden ohne großem Plan dahinter. Dadurch würde eine Art Fleckerlteppich entstehen.
3. Wenn es keine definierten Ziele und Pläne gibt, dann ist auch eine Evaluierung nicht ganz einfach – auf was soll Bezug genommen werden?

4. Das muss nicht so sein – das kann auch anders geschehen.

Es gibt in der Stadt Wels auch sehr hoffnungsvoll stimmende Beispiele, wie die Innenstadt. Bei der Agenda wurde ein in die richtige Richtung gehender Prozess gestartet. Kommunikation stellt einen wesentlichen Schlüssel für die Umsetzung von politischen Vorhaben dar. Als Neustädter habe ich den Eindruck, in der Innenstadt fühlen sich für jeden Beleuchtungskörper mindestens zwei politische Referenten zuständig und mit der Entfernung vom Stadtplatz nimmt die Zuständigkeit proportional ab - subjektiv und unwissenschaftlich. Das könnte sich ändern, weil zuständig sind wir alle im Gemeinde- und Stadtsenat und manche eben besonders. Es fällt oft der Satz: „Wenn sonst nichts hilft, ist der Bürgermeister schuld.“ Dazu gibt es den Satz: „Der Bürgermeister ist für alle, aber nicht für alles zuständig.“ Zur Unterstützung des Bürgermeisters stehen die Referenten zur Verfügung – da machen wir es uns oft zu einfach.

Wichtig ist, dass Dinge geschehen und wie sie geschehen. Die Stadt Wels (Bgm. Dr. Koits und Vzbgm. Lehner) gab bereits im November 2012 bekannt, dass es ein neues örtliches Entwicklungskonzept geben wird. Besonders optimistisch stimmt mich: „Moderne Stadtentwicklung bedarf einer gesamtheitlichen Sichtweise.“ Von der Stadt Wels wird zu Informations- und Dialogforen in den einzelnen Stadtteilen eingeladen. In diesen Prozessen werden die Neustädter die Dinge, die ihnen wichtig sind und die sie gerne in einem Entwicklungskonzept sehen würden, diskutieren und letztendlich zu einem positiven Ergebnis bringen. Wir werden Mittel und Ressourcen benötigen, um diese notwendigen Lösungen im Verkehrsbereich durchführen zu können. Abschließend bedanke ich mich für ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

StR. Kroiß: Als Ur-Neustädter beobachte ich auch schon lange die Entwicklung in der Neustadt. Bei der Neustadt handelt es sich um ein wunderschönes, lebenswertes Viertel, in dem es einen aktiven Wohnbau gab und sich sehr viele Betriebe ansiedelten. Durch diesen Wohnbau und Betriebsansiedelungen stieg auch die Parkplatznot. Wir haben in der Neustadt zwei große „Parkplatzerreger“, einerseits das Klinikum Wels und andererseits die Bahnkunden im Süden der Neustadt.

Zu Beginn meiner Tätigkeit als Verkehrsreferent sprach ich beim Klinikum vor um zu erörtern, wie viele Parkplätze beim Klinikum vorhanden sind, wie viele Parkplätze benötigt das Klinikum und wie sieht die Parkplatzbelastung tatsächlich aus. Nach der Parkplatzstellverordnung erfüllt das Klinikum die Anforderungen im Sinne des Gesetzes. Natürlich besteht eine enorme Belastung Richtung Norden, Richtung Römerstraße und auch Richtung Süden, weshalb die Anrainer in diesem Bereich stark belastet sind. Deshalb rief ich einmal eine Anrainer-Bürger-Versammlung ein, um mit den Bürgern diese Problematik zu besprechen. Es waren sehr viele Bürger vor Ort, mit denen verschiedenste Denk- bzw. Lösungsmodelle abgesprochen wurden.

Unser großes Problem liegt bei der Straßenverkehrsordnung, die uns sehr viele geplante Sachen verleidet. Andererseits wurden manche Straßen in den 50er-Jahren gebaut - diese sind sehr eng. Heute geht die Tendenz zum Zweit- bzw. Drittauto, dadurch wissen die Leute schon nicht mehr, wohin sie ihre Fahrzeuge stellen sollen. Das ist das Problem, das Interesse des Einzelnen. Wo beginnt das Problem der Allgemeinheit? Diese Abwägung gestaltet sich sehr schwierig.

Ich gebe dir Recht, es gibt schon eine lange Diskussion über die Parkgarage beim Bahnhof. Die Errichtung einer Parkgarage war schon unterschriftsreif, aber damals scheiterte es an den Betriebs- und Erhaltungskosten. Die Stadt Wels sagte damals mit Recht, es handelt sich um Kunden der Bahn und wir sollten dieses Parkhaus erhalten. Das Projekt wurde vor langer Zeit zurückgestellt.

In der Zwischenzeit gab es sehr viele Gespräche mit den ÖBB und auch ich glaubte, dass wir voriges Jahr zumindest eine Planungsunterschrift erhalten, weil wir seitens der Stadt Wels den ÖBB Pläne schickten aus denen ersichtlich war, wie die Parkgarage nach oben aussehen könnte. Die Gespräche mit den ÖBB verliefen sehr zuversichtlich, scheiterten jedoch am Geld. Wir lassen bei diesem Thema nicht locker, deshalb gibt es im April einen neuen Termin mit den ÖBB, um eine Lösung für die Neustädter zu finden. Das Problem ist uns bewusst, wir reagieren und versuchen auf die Leute zuzugehen.

Deine Aussage einer dortigen „katastrophalen Verkehrslage“ finde ich übertrieben. Wir sind uns der Situation wohl bewusst, dass es in der Neustadt zu wenige Parkplätze gibt und gehen diese Probleme an bzw. versuchen diese zu lösen.

GR. Schönberger: Lieber Klaus, ich bin dir dankbar für das Thema Verkehr im Stadtteil Neustadt. Für viele Menschen endet nach den alten Gemeindegrenzen die Neustadt bei der Römerstraße, aber nach der Wahrnehmung endet die Neustadt an der Autobahn. Damit wird dieses Verkehrsthema wesentlich gravierender, und zwar was den fließenden Verkehr betrifft. In der Oberfeldstraße befindet sich nach wie vor ein Flickwerk. Ich würde sie einladen an einem schönen Wochenende das Bauhaus zu besuchen und bei deren Ausfahrt links abzubiegen. Der Autofahrer ist dazu verdammt eine Viertelstunde einzuparken anstelle auszufahren. Wenn gegenüber dem Bauhaus noch Geschäftslokale errichtet werden und damit unmittelbar nach dieser Ausfahrt zu diesen Lokalen zugefahren wird, wird die Sache dort nicht einfacher.

Was will ich damit sagen? Wir bauen und entwickeln uns, aber hinken mit den Verkehrslösungen und Lösungen zur Sicherheit der Menschen hinterher. Es muss die Politik schnell und aktiv eingreifen und handeln. Über das dortige Entwicklungskonzept wird diskutiert. Wenn wir heute am Stadtrand eine neue Siedlung errichten, können die zukünftig betroffenen Anrainer noch nicht mitdiskutieren - sie wohnen noch nicht dort. Die Politik ist gefordert heute schon darüber nachzudenken, wie beispielsweise die Kinder von 70 Familien in der Wallerer Straße oder gegenüber der Waldschänke, welche wegen mangelnder öffentlicher Verkehrsanbindung auf ihr Auto angewiesen sind, in die Schule gelangen? Auch dieses Gebiet gehört zur Neustadt. Der Sprung über die Autobahn wird in relativ kurzer Zeit erfolgen müssen, weil die Flächen südlich der Autobahn bereits beschränkt sind.

Ich erwarte vom Verkehrsreferenten und vom Planungsreferenten etwas vorauszublicken und Konzepte zu erstellen. Grundstücksablösungen etc. kosten sehr viel Geld. Wir bringen einfach keine vernünftigen Kreisverkehr-Lösungen zusammen. In der Grieskirchner Straße/Oberfeldstraße wäre ein Kreisverkehr notwendig, der aber aus Platzgründen nicht umzusetzen ist. Die Welserinnen und Welser haben einen Anspruch auf „vorausdenkende Politiker“, wozu in erster Linie die Referenten aufgerufen sind.

GR. Prof. Mag. Teubl: Die uns eben geschilderten Probleme sind nicht nur Probleme des Stadtteils Neustadt, sondern es sind generelle Probleme unserer Stadt. Es wurden wunde Punkte angesprochen, die auf eine verfehlte Verkehrspolitik und auf eine ver-

fehlte Stadtentwicklungspolitik verweisen. Richtigerweise wurde die Mobilitätsstudie angesprochen, aus der hervorgeht, dass Wels eine Autostadt ist. 62,6 % aller Wege werden mit dem Auto zurückgelegt – ein enormer Prozentsatz. Das bedeutet 5 % mehr als noch vor 10 Jahren. Das kann keine erfolgreiche Verkehrspolitik sein und das ist auch nicht spezifisch für die Neustadt.

Andere erwähnte Probleme im Bereich des Bauhauses und anderen Märkten entlang der Oberfeldstraße kamen durch die Entstehung vieler solcher Betriebe zustande. Es werden dort laufend Grundstücke umgewidmet und damit weitere Verkehrserreger situiert. Am schlimmsten ist die Situation im Bereich des Bahnhofes. Wir wissen alle um die dortige Situation - die Parkplatzsituation ist eine Katastrophe. Wir GRÜNE-Fraktion gelten ja nicht gerade als die Autofahrerpartei. So ist es mir doch nicht egal, was hier passiert. Denn wir müssen zur Kenntnis nehmen, es ist für viele eine Notwendigkeit mit dem Auto zum Bahnhof zu fahren, weil es nicht anders geht.

Deshalb müssen wir das Projekt der Parkgarage weiterverfolgen. Die Situation schreit geradezu nach einer Parkgarage und sie schreit bereits seit 14 Jahren danach. Der Bahnhof wurde 2005 eröffnet. Ich behaupte jedoch, der Bahnhof ist immer noch nicht fertig. Jahrelang wurde herumgebaut um die kaputte bzw. falsch gebaute Verglasung zu reparieren. Es wurde der Boden im Übergang repariert, der immer noch nicht ganz eben ist. Manche Dinge sind einfach noch nicht erledigt. So sind beispielsweise weitere Bahnsteige keineswegs erneuert, sondern strahlen immer noch im Charme der 80er Jahre vor sich hin. Ein moderner und fertiger Bahnhof kann demnächst in Attnang-Puchheim besichtigt werden. Dort sieht man, was Stand der Dinge ist. Es existiert auf jedem Bahnsteig eine Rolltreppe auf- und abwärts, nur bei uns in Wels nicht. Bei uns gibt es im Hauptgebäude nur eine Rolltreppe abwärts bis zur Mitte. Dort weiß ein Reisender mit Koffer nicht mehr wie es weitergehen soll - er muss mühsam nach dem Aufzug suchen. Lauter Dinge, die mir einfallen, wenn es um die Neustadt und den Bahnhof geht.

Neben dem Bahnhof bröckelt das ehemalige Postgebäude – meines Wissens in Besitz der ÖBB – vor sich hin. In diesem Bereich wird kaum gewagt sein Auto abzustellen, weil ständig Fassadenteile herunterfallen. Eigentlich eine untragbare Situation, die von Seiten des Magistrates mit Vorsichtsmaßnahmen bedacht werden müsste. Auf jeden Fall sollte dieser Schandfleck für Wels endlich abgerissen werden. Reisende kommen in Wels an und sehen unmittelbar neben dem Bahnhof eine Ruine. Würde dieses Gebäude abgerissen werden, könnte ohne weiteres eine Parkgarage errichtet werden. Ganz zu Schweigen vom Parkdeck in der Neustadt, von dem schon seit Jahren gesprochen wird. Angeblich sind bereits entsprechende Planungen vorhanden.

Wir Welser lassen uns offensichtlich von den ÖBB alles gefallen. Wir lassen uns gefallen, dass der Railjet durchfährt. Wir lassen uns einen unfertigen Bahnhof gefallen, dessen Reparatur jahrelang dauert. Und wir lassen uns diese Parksituation gefallen, sodass viele Bahnkunden auf die Bahn verzichten, weil sie nicht wissen wo sie ihr Auto abstellen sollten. Das alles ist Realität. Ich denke wir müssen gegenüber den ÖBB noch intensiver tätig werden. Von Seiten der Stadt müssen wir diesseits und jenseits der Bahn tätig werden bezüglich der Stadtentwicklung. Es braucht ein Entwicklungskonzept für das Bahnhofsviertel und es braucht natürlich auch ein Entwicklungskonzept für die Neustadt. Denn einfach darauf zu warten welche Projekte von einzelnen Privatinitiatoren an uns herangetragen werden, kann nicht genug sein.

GR. Haböck: Auch das ist Wels. Die stimmenstärkste Partei, welche bis 2009 die absolute Mehrheit hatte, beklagt ein fehlendes Konzept, welches sie in den letzten 14 Jahren hätte umsetzen können. Als Autobesitzer betrachte ich mich nicht als Verkehrsexperte, aber als Neustädter ist mir dieses Thema sehr wichtig. Seit 31 Wochen fand kein Verkehrsausschuss statt, deshalb ist es gut das Thema Verkehr im Welser Gemeinderat zu behandeln. Es geht hier zwar nicht um die Gesamtverkehrssituation in Wels, aber immerhin um die Verkehrssituation in einem Stadtteil.

In der Neustadt gibt es genug offene Baustellen. Wobei offene Baustellen in der Neustadt schon einen Fortschritt bedeuten würden. Beim erwähnten Parkhaus beim Bahnhof gibt es noch nicht einmal eine Baustelle. 14 Jahre wird darüber bereits in Wels diskutiert - erfolgt ist natürlich nichts. Rund 40 % der Welser Erwerbstätigen sind Pendler. In Sonntagsreden fordern wir Politiker die Pendlerinnen und Pendler oft auf, vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Was hat die Stadt Wels anzubieten? Im Bereich Pendlerparkhaus – nichts! Während in ganz Österreich die Bahnhöfe gut ausgestattet und angebunden werden, bleibt Wels auf der Strecke. Dass der Railjet auf der Strecke Wels liegt, aber Wels als Halt nicht als attraktiv empfunden wird, ist kein Ruhmesblatt - weder für den Verkehrsreferenten noch für die Parteifreunde der Verkehrsministerin.

Die Parkplatzsituation in der Neustadt entwickelte sich von einem lästigen Problem zu einer Belästigung, gerade im Bereich Herz-Jesu-Pfarr und dem Klinikum Wels. Das Klinikum Wels – der größte Arbeitgeber in Wels - ist enorm wichtig für die gesamte Region. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen natürlich irgendwo parken. Das Parkhaus beim Klinikum brachte auch nicht die entsprechend erhoffte Entschärfung. Hier bedarf es unverzüglich einer Lösung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klinikums als auch für die Bewohner und die Kaufmannschaft in der Neustadt.

Hier sollten wir vielleicht ein Park&Ride-System andenken oder das Angebot des öffentlichen Verkehrs dementsprechend ausbauen. Der öffentliche Verkehr ist in Wels nicht so attraktiv wie er sein sollte und auch sein könnte. Die ÖVP-Fraktion forderte unlängst wieder eine umfassende, professionelle Studie dieses Problems. Taktung, Linienführung, Einsatzzeiten usw. sind hier in der Stadt nicht ideal. Das bestätigen auch die Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger. Herr Stadtrat Kroiß, mir ist es etwas zu wenig, wenn bei einer Diskussion betreffend Parkplatz in vier Jahren ihrer Amtszeit nicht mehr als eine Bürgerversammlung herauskommt, wo wieder nur diskutiert wird. Wir wollen hier endlich Lösungen sehen, denn für das Parkhaus in der Neustadt sind 14 Jahre genug Diskussionszeit. Es soll endlich umgesetzt werden.

Vzbgm. Lehner: Im Rahmen meiner Funktion als Stadtentwicklungsreferent möchte ich ein paar Worte zu dieser doch sehr wichtigen Angelegenheit an sie richten. Es wurde schon im Vorfeld erkannt, dass wir mit dem ÖEK neue Wege gehen und intensiv mit der Bevölkerung in Dialog treten. Hier nochmals die Einladung an diesen Dialog-Foren teilzunehmen. Das Örtliche Entwicklungskonzept ist das Instrument, wo wir strategische Stadtentwicklung vorbereiten und diese auch durchführen. Hier versuchen wir Lösungen für die Zukunftsfragen schon vorab zu finden. Mit dem neuen ÖEK wird uns das sehr gut gelingen.

Ein Punkt beinhaltet Varianten für Lösungen in der Oberfeldstraße. Eine dieser Varianten ist die Autobahnabfahrt Wimpassing, die massiv zur Entlastung der Oberfeldstraße

beitragen soll. Andere sehr wesentliche Punkte beinhalten Entwicklungen, die jetzt nur vorweggenommen werden können und im ÖEK den Niederschlag finden sollen.

Eigentumsrechte sind von der Stadt Wels anzuerkennen. Bezugnehmend auf das verfallende Gebäude der Post, können wir als Stadt Wels immer nur darauf hinweisen. Das geschah meinerseits mehrmals. Wir können die Post aber nicht als Eigentümer – meines Wissens gehört das Postgebäude noch nicht den ÖBB –zwingen, etwas zu verändern, abzurechnen oder gar ein neues Parkhaus zu errichten. Dieses Wunschdenken ist in der Politik nicht angebracht, wir müssen realistisch bleiben. Es bedarf einer strategisch langfristigen Planung. Für das ÖEK 2015 gehen wir einen zukunftssträchtigen Weg, den wir mit der Bevölkerung erarbeiten. Das ist Zukunftspolitik, bei der viele Verkehrslösungen und Varianten anzudenken sind. Dabei sind Versäumnisse der Vergangenheit zu lösen und neue Wege zu finden.

GR. Hoflehner: Ich bin dankbar hier eine Diskussion entwickelt zu haben. Mit „wir müssen in die Zukunft schauen“ schließe ich mich nicht den Worten von Vzbgm. Lehner an. Im Jahre 2000 wurde das bereits geplant, verschwand dann aber unter der damaligen Regierung - Bundesministerin Forstinger – in der Schublade.

Die Welserinnen und Welser, die Neustädterinnen und Neustädter dürfen sich von uns Politikerinnen und Politikern erwarten, dass wir vorausschauend handeln und agieren. Natürlich im Interesse der Stadt und der Stadtteile. Ich denke, die Diskussion bewies dies über weite Strecken.

Bgm. Dr. Koits gibt bekannt, dass keine Dringlichkeitsanträge vorliegen.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Öffentliche Beleuchtung – Neuinstallationen, Grundsatzbeschluss;
Beleuchtungsprogramm 2014; Auftragsvergabe;
Beleuchtung Schmidtgasse; Grundsatzbeschluss;
Ankauf von Lichtregelgeräten; Auftragsvergabe;
Instandhaltung von Sonderanlagen
BauD-BauH-21-2014

Der Antrag (Anlage 1) lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 27.02.2014:

1. Das in der Anlage 2 beigefügte Beleuchtungsprogramm 2014 wird grundsätzlich genehmigt.
2. Die Neuinstallationen der Straßenbeleuchtung im Rahmen des Beleuchtungsprogrammes 2013 werden zu den Preisen der Angebote vom 31.12.2013 mit einer Nettokostensumme von € 149.975,50 zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, das sind

€ 29.995,10, somit insgesamt € 179.970,60 an die Elektrizitätswerk Wels AG, Wels, Stelzhamerstraße 27, vergeben.

3. Der Baureferent wird bei Notwendigkeit ermächtigt – das Einvernehmen des Bauausschusses vorausgesetzt – unter Einhaltung der beschlossenen Brutto-Gesamtkostensumme geringfügige Änderungen vorzunehmen.
4. Die Errichtung der Beleuchtung in der Schmidtgasse mit der vorgesehenen Bruttosumme von € 184.000,00 wird grundsätzlich genehmigt.
5. Der Ankauf von Lichtregelgeräten wird zu den Preisen des Angebotes vom 30.12.2013 mit einer Nettokostensumme von € 20.819,63 zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, das sind € 4.163,93, somit insgesamt € 24.983,56 an die Elektrizitätswerk Wels AG, Wels, Stelzhamerstraße 27, vergeben.
6. Für die Instandhaltung von Sonderanlagen werden für das Jahr 2014 Geldmittel von € 340.000,00 zur Zahlung an die Elektrizitätswerk Wels AG, Wels, Stelzhamerstraße 27, genehmigt.

GR. Weidinger: Nachdem uns Vzbgm. Wimmer zu Beginn 35 Minuten beeindruckt hat mit vielen Zahlen, beeindruckt uns Vzbgm. Dr. Rabl mit einer gewissen Inhaltslosigkeit bei diesem Beleuchtungsprogramm. Lediglich das Projekt in der Schmidtgasse erwähnte er positiv – positiv finde ich dieses auch. Wenn man sich das Beleuchtungsprogramm näher ansieht, ist eigentlich nichts mehr enthalten. Es gibt neue Straßenbeleuchtungen im Zusammenhang mit dem Straßenbau, dies betrifft genau sechs Objekte. Unvorhergesehene Maßnahmen, wie die Ausleuchtung von Schutzwegen, gibt es an ca. vier Standorten. Das sind solche in der Stifterstraße, Kafkastraße, Römerstraße, Porzellan-gasse usw. Meine Frage: Was heißt circa? Sind es drei, fünf, sechs oder mehr? Wenn man sich den Punkt C) Errichtung und Verbesserung von Straßenbeleuchtungen bei Neubauten und Schließen von Beleuchtungslücken ansieht, wird mir persönlich schlecht. Gießerbachstraße – 2 Stück, Sittestraße – 3 Stück, Eferdingerstraße bei Haus Nr. 57A – 1 Stück und dann noch B 137 im Bereich Eferdingerstraße – 4 Stück. Das ist das Beleuchtungsprogramm? Hut ab! Also es ist nicht positiv.

Wir vermissen hier, Herr Vzbgm. Dr. Rabl, Maßnahmen zum Thema Sicherheit in der Stadt. Es herrscht große Unsicherheit in Wels. Es gibt Menschen, die sich an uns wenden und sagen sie fühlen sich in verschiedenen Bereichen der Stadt Wels nicht wohl. Es gibt viele Frauen, die immer wieder sagen, sie meiden diese Straße, sie meiden diese Gasse. Diese Bereiche, meine Damen und Herren, wären etwas für ein Beleuchtungsprogramm. Erinnern darf ich an den Traunweg. Es gibt einen Antrag der ÖVP, der bis dato nicht behandelt wurde. Am Traunweg ab der Osttangente ostwärts endet einfach die Beleuchtung. Die Menschen, die dort am Abend spazieren gehen wollen, meiden wegen der Dunkelheit diesen Bereich. Was in der Innenstadt sehr gut funktioniert, funktioniert dort gar nicht.

Neben anderen Themen ist uns die Beleuchtung von Schutzwegen, die ordentliche Ausleuchtung von Straßen und Gassen wichtig, damit den Menschen das Sicherheitsgefühl zurückgegeben wird.

GR. Schönberger: Danke Andreas, du sagtest die Schutzwege werden noch einmal gesondert betrachtet. Wer in der Stadt Wels in den letzten Monaten aufmerksam unterwegs war, hat doch bei sehr vielen Fußgängerübergängen merken müssen, dass sie sehr schwach beleuchtet sind. Gerade dunkel gekleidete Personen können sehr spät wahrgenommen werden. Es gehört ein ordentliches Konzept für die Abarbeitung dieser Mängel ausgearbeitet. Die siedlungsnahen und schulnahen Schutzwege gehören zuerst mehr ausgeleuchtet. Ich glaube dieses Konzept wird bereits erstellt, sonst hättest du es nicht angesprochen, weil dies ein wichtiger Punkt für die Sicherheit der Kinder ist.

Nachdem in einigen Tagen die Umstellung auf die Sommerzeit erfolgt, geraten diese Dinge dann eher in Vergessenheit und im Herbst ist man über das rasche Dunkelwerden überrascht. Ich hoffe das Konzept in diese Richtung wird bereits erstellt.

StR. Kroiß: Geschätzter Herr Kollege Weidinger, ich verstehe deine Meldung bezüglich Sicherheit und Beleuchtung nicht. In einer Besprechung vereinbarten wir, dass im Rahmen des DESSI-Prozesses dieses ganze Paket abgearbeitet wird. Anschließend schauen wir, wo eventuell eine Videoüberwachung, wo eine bessere Beleuchtung notwendig ist und wo andere Maßnahmen gesetzt werden sollten.

Wenn du sagst, Kollege Dr. Rabl hat das Thema Sicherheit nicht in das Beleuchtungsprogramm aufgenommen, stimmt das nicht. Für was brauchen wir diesen DESSI-Prozess noch, wenn du sowieso sagst die Innenstadt gehört mehr beleuchtet? Diesen ganzen DESSI-Prozess hätten wir uns ersparen können.

Zur Wortmeldung von GR. Schönberger darf ich sagen, die Schutzwege sind nicht schwach beleuchtet. Sie sind alle nach einer genauen DIN-Norm ausgeleuchtet. Ich weiß nicht welche Schutzwege du benützt und welche dunkel gekleideten Menschen du siehst bzw. nicht siehst.

Es geht um neue Schutzwege, für die eine neue Beleuchtung vorgesehen wird. Die bestehenden Schutzwege sind nach der vorgeschriebenen DIN-Norm ausgeleuchtet.

GR. LAbg. Dr. Csar: Es ist alles recht und schön, wenn neue Masten und neue Beleuchtungskörper aufgestellt werden. Aber es ist auch wichtig, dass diese funktionieren. Dementsprechend gehören diese gewartet und instandgehalten. Leider Gottes kommt es auch immer wieder vor, dass eine Glühbirne bzw. LED-Lampe ausbrennt oder ganze Straßenzüge ohne Strom sind. Daher gebe ich Kollegen Weidinger völlig Recht, die Sicherheit ist sehr stark gefährdet. Denken wir einmal zurück. In der Altstadt kommt es oft vor, dass die Beleuchtung ausfällt. Dann sind ganze Straßenzüge finster und eventuell werden diese Ausfälle das ganze Wochenende nicht behoben.

Persönlich rief ich einmal am Wochenende die EWW AG an und ersuchte um Reparatur der defekten Beleuchtungskörper. Ich erhielt folgende Auskunft: Früher war es möglich sofort an Ort und Stelle dementsprechende Maßnahmen zu treffen. Zurzeit gibt es keinen Vertrag mit der EWW AG, damit am Wochenende entsprechende Reparaturen durchgeführt werden können. Die Mängel werden nur notiert, weitergeleitet und im Laufe der kommenden Woche - lt. Vertrag nur einmal wöchentlich - werden die defekten Beleuchtungskörper wieder instandgesetzt.

Aus meiner Sicht und aus der Sicht der Bevölkerung ist es unbedingt notwendig sofort eine Behebung dieser Schäden durchzuführen. Es kann nicht sein, dass von Freitag bis

Montag früh diverse Straßenzüge nicht beleuchtet sind. Zur Sicherheit der Welser Bevölkerung gehört sofort gehandelt. Daher ersuche ich den zuständigen Vizebürgermeister Dr. Rabl sich dafür einzusetzen, dass bei dem angeführten Punkt V. Öffentliche Beleuchtung – Instandhaltung im Ausmaß von 157.000 Euro auch ein entsprechender Bereitschaftsdienst der EWW AG vorgesehen wird, damit sofort Maßnahmen für eine Schadensbehebung gesetzt werden können. Das wäre ein Beitrag für die Sicherheit der Welser Bevölkerung.

Vzbgm. Dr. Rabl: Vorerst ist festzuhalten, dass das Beleuchtungsprogramm, so wie es sich 2014 darstellt, natürlich nur die Hälfte oder Zweidrittel der Maßnahmen beinhaltet, die ich gerne gesetzt hätte. Allerdings hat mir der Finanzreferent nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt, weshalb ich mich nur im Rahmen der zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel bewegen kann.

Was die Instandhaltung betrifft, lieber Dr. Peter Csar, gibt es möglicherweise ein Kommunikationsproblem innerhalb der ÖVP. Selbstverständlich habe ich mich bei erstmaligem Ausfall der Straßenbeleuchtung in der Innenstadt unverzüglich mit der EWW AG in Verbindung gesetzt. Damals wurde mir ein Angebot für einen derartigen Bereitschaftsdienst unterbreitet. Es würde mehrere hunderttausend Euro kosten. In Anbetracht eines Programms, welches nur 700.000 Euro vorsieht, möchte ich nicht 300.000 oder 400.000 Euro für einen solchen Bereitschaftsdienst zur Verfügung stellen. Deswegen diskutierten wir die Angelegenheit im Stadtsenat und langten einstimmig zum Ergebnis keinen solchen Vertrag abzuschließen. Dieses Ergebnis müsste auch Peter Lehner an dich weitergeleitet haben, der diesen Beschluss im Stadtsenat mittrug. Deshalb wundere ich mich jetzt deine Forderung. Wir können es aber gerne noch einmal diskutieren. Vielleicht hat Peter Lehner jetzt eine andere Meinung zu diesem Thema.

Mir ist es lieber ich verbessere die Beleuchtung der Schutzwege, ich verbessere die Beleuchtung dort wo Sicherheitsmängel bzw. Beleuchtungsmängel vorhanden sind - offen gesagt gibt es noch einige in der Stadt – als dass ich 300.000 bis 400.000 Euro für den Bereitschaftsdienst der EWW AG hernehme. Vielleicht, lieber Peter, hast du hier Vorschläge für eine billigere Variante. Seit 1921 haben wir mit der EWW AG einen Vertrag, weshalb wir gewisse Vorgaben haben, an die ich mich auch vertraglich halten muss. D.h. bitte die Kommunikation innerhalb der ÖVP verbessern, sodass die rechte Hand weiß was die linke tut, sonst wird die Politik langsam schwierig.

Lieber Andreas Weidinger, ich bin schon ein bisschen über deine Wortmeldung verwundert. Gerade die ÖVP-Fraktion meinte ich mache ein Stück- und Flickwerk, welches sie nicht will. StR. Kroiß sagte richtig, es war geplant, den von der ÖVP geforderten DESSI-Prozess abzuhalten und erst in der Folge entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Trotzdem habe ich mich gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister darum gekümmert wie es denn wäre, wenn der Kaiser-Josef-Platz doppelt so hell beleuchtet wird. Ein diesbezügliches Projekt liegt bereits vor, dieses kostet 29.000 Euro – eine Probelampe ist bereits an der Ecke zur Rablstraße (Hotel Greif) aufgestellt. Da kann man sehen was passiert, wenn doppelt so hell beleuchtet wird, ob dies für die Sicherheit etwas beiträgt oder nicht.

Darüber hinaus gibt es auch ein Projekt mit der Welser Heimstätte, wo Allgemeinflächen besser beleuchtet werden sollen. Auch das ist ein Projekt, welches offensichtlich bei dir lieber Andreas vorbeigegangen ist. Wenn du dich im nächsten Ausschuss zu Wort meldest und Vorschläge unterbreitest, können wir diese auch entsprechend einar-

beiten. Über deine aktive Mitarbeit im Ausschuss wäre ich sehr erfreut, damit würden wir uns eine solche Diskussion im Gemeinderat ersparen.

Auch das von dir angesprochene Projekt Traunweg ist ein gutes Beispiel für unsere Arbeit zum Thema Sicherheit. Gerade am Traunweg haben wir die Beleuchtung auf LED-Lampen umgestellt. Es ist eine wesentlich bessere Lichtausbeute am Traunweg ersichtlich. Die vorher bestandenen Kugelleuchten strahlten eher Richtung Himmel, jetzt gibt es effizientere Beleuchtungen, die den Boden intensiv und gut ausleuchten. Die Sicherheit wird bei all unseren Plänen entsprechend berücksichtigt. Dass wir für den Antrag für eine bessere Ausleuchtung des Traunweges Richtung Osten im Gemeinderat keine Mehrheit erhielten, bedaure ich. Einer demokratischen Gegebenheit jedoch muss man sich fügen. Auch dies fällt der ÖVP ab und zu ein bisschen schwer.

Das gegenständliche Beleuchtungsprogramm ist aus meiner Sicht wirklich ausgewogen und deswegen ersuche ich um Zustimmung.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und teilt mit, dass er eine Information der EWW AG einholen wird, wie oft in den letzten zwei, drei Jahren tatsächlich totale Finsternis in verschiedenen Straßenzügen herrschte. Diese Information wird selbstverständlich den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 161) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 131)
BZ-BauR-5001-2013
BZ-BauR-5004-2012

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 13.01.2014 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Verordnung über die Abänderung Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 161) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 131) beschließen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 178) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 140)
BZ-BauR-5011-2013

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 03.03.2014 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Verordnung über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 178) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 140) beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 183)
BZ-BauR-5015-2013

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 03.03.2014 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Verordnung über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 183) beschließen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 184) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 143)
BZ-BauR-5016-2013

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 03.03.2014 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Verordnung über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 184) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 143) beschließen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 186) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 144)
BZ-BauR-5018-2013

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 03.03.2014 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Verordnung über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2004 (Änderung Nr. 186) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 144) beschließen.

Einstimmig angenommen.

7.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 105/1.22 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-6007-2013

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 03.03.2014 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 105/1.22 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.34 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-6011-2013

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 03.03.2014 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.34 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 408/E.1.1 (Stadtteil: Neustadt)
BZ-BauR-6013-2013

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 03.03.2014 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 408/E.1.1 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 317/1.6 (Stadtteil: Vogelweide)
BZ-BauR-6021-2013

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 03.03.2014 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 317/1.6 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird mit

29 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Dr. Rabl und GR. LAbg. Dr. Csar sind bei der Abstimmung zu Punkt 10. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und teilt mit, dass zu Tagesordnungspunkt 11.) ein Abänderungsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion eingebracht wurde mit folgendem Wortlaut:

„Der Gemeinderat der Stadt Wels fordert Landtag und Landesregierung auf, sich auf jede nur erdenkliche Weise für den Fortbestand und die Attraktivierung der Almtal-Bahnstrecke einzusetzen.“

Bitte diesen Abänderungsantrag mitzubehandeln.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

11.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Fortbestand der ÖBB-Almtalbahnhof-Strecke, Resolution
DI-Verf-072-2014

StR. Kroiß: Hier handelt es sich um eine Resolution an das Land Oberösterreich bezüglich den langfristigen Fortbestand der ÖBB-Almtalbahnhof-Strecke. Wieder einmal ist der Fortbestand der Nebenbahnen in Oberösterreich in aller Munde, weil sich das Land Oberösterreich von der vom Land im Jahr 2012 beschlossenen Übernahme der Mühlkreis-, der Aschach-, der Hausruck- und der Almtalbahnhof distanziert und die ÖBB versucht sich dieser Nebenbahnen zu entledigen. Wenngleich es auch im letzten Landtag über Antrag der FPÖ Oberösterreich einen einstimmigen Beschluss gab, dass alle Nebenbahnen erhalten bleiben sollen, mache ich mir doch Sorgen über den Fortbestand der Almtalbahnhof. Lt. Medien hat bei Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer die Mühlkreisbahn absolute Priorität und LHStv. Hiesl meint, dass ihn nur die Mühlkreisbahn interessiere, weil diese benötigt wird um den Verkehr in Linz zu entlasten.

Aber so wie die Stadt Linz die Mühlkreisbahn benötigt, benötigt die Stadt Wels die Almtalbahnhof. Das Land Oberösterreich soll und darf nicht vergessen, dass die Almtalbahnhof rund 273.000 Fahrgäste befördert. Wenn man dies auf PKW-Fahrten umrechnet, sind das bei einer Zweierbelegung 136.500 Fahrten, bei einer Viererbelegung wären es noch immer 68.000. D.h. man kann es rechnen wie man will - eine Schließung der Almtalbahnhof würde zu einer massiven Verkehrsbelastung unserer Stadt führen. Auch die Parkplatzproblematik darf in diesem Bereich nicht außer Acht gelassen werden. Gerade die Energiesparmesse zeigte es wieder; viele Besucher nutzen die eigene Haltestelle im Welscher Messegelände und reisen bequem mit der Bahn an. Durch diese Direktanbindung des öffentlichen Verkehrs wird sowohl die Parkplatz- aber auch die Verkehrsbelastung während dieser Messeveranstaltung im Nahbereich des Messegeländes nachhaltig entlastet.

Durch den Wegfall der Parkplätze im Umfeld ist diese Direktanbindung mehr als notwendig. Ich verstehe nicht warum diese Diskussion wieder aufflammte. Der Fortbestand der Almtalbahnhof muss gewährleistet bleiben und die Stadt Wels soll sich wirklich für den Fortbestand aussprechen und dies klar zum Ausdruck bringen.

Wichtig ist auch, dass die Almtalbahnhof nicht nur erhalten bleibt sondern dass in die Strecke investiert wird, um sie noch attraktiver für Schüler, Pendler, Berufstätige und Touristen zu machen. Daher ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

Bgm. Dr. Koits: Danke vielmals. Ich möchte sie darüber informieren, dass ich sämtliche Gemeinden entlang der Almtalbahnhof-Strecke kontaktierte. Wir beschäftigen uns heute mit einem Antrag, den möglicherweise auch die anderen Gemeinden in ähnlicher Form beschließen werden um dementsprechende Anträge an das Land Oberösterreich zu richten. Wenn sie einverstanden sind, werde ich - wenn wir ihn beschließen - diesen

Antrag an die vorgenannten Gemeinden weitergeben, damit sie eine mögliche Vorlage haben.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es freut mich wie Kollege Kroiß den vorliegenden Antrag begründet, weil es für mich ein klein wenig irritierend ist in einer Zeit, in der wir sehen, dass die steigenden Energiekosten Menschen zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr bewegen, darüber zu diskutieren Nebenbahnen stillzulegen. Aus den Medien sehen wir das Hin-Und-Her zwischen den ÖBB, dem Verkehrsministerium und der Landesregierung, in dem es nur um die zu übernehmenden Kosten geht.

Die ÖBB als Aktiengesellschaft ist aufgerufen in der Republik positiv zu wirtschaften und dadurch Nebenstrecken, die zur Versorgung der Bevölkerung abgelegener Regionen dienen, nicht als ihre Aufgabe sieht. Wir wissen, dass zurzeit Nebenbahnen nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Es ist jedoch für die Zukunft nicht richtig Nebenbahnen stillzulegen und die bestehenden Gleise zu entfernen.

Wels ist Teil eines prosperierenden Wirtschaftsraums Österreichs. Wir wissen, dass wir im oberösterreichischen Zentralraum eine dynamische Wirtschaftsentwicklung, eine sehr dynamische Bevölkerungsentwicklung haben, dass im Zentralraum Oberösterreich in ungefähr 30 Jahren zwei Drittel der Bevölkerung leben wird und deshalb kann ich nicht zulassen wollen, eine so wichtige zukunftssträchtige Verkehrsverbindung, die abseits vom Auto, abseits vom Individualverkehr, Verkehrsströme ermöglicht, stillzulegen. Darum werden wir diesen Antrag unterstützen.

Für die SPÖ-Fraktion ist die von der GRÜNE-Fraktion eingebrachte Ergänzung sehr wichtig, weil es meiner Ansicht nach darum geht, alles zu tun um diese Nebenbahn zu erhalten.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich bin sehr froh, dass dieser Antrag eingebracht wurde und dass sich damit unser Verkehrsreferent dieses Thema zu seinem Anliegen machte. Weiters habe ich ein bisschen nachgeblättert und festgestellt, dass wir ziemlich genau vor zwei Jahren einen Antrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion hatten, eine Resolution an die Verkehrsministerin und an den oberösterreichischen Landtag zur Erhaltung und Attraktivierung der Almtalbahn zu verfassen. Ob es darauf jemals eine Reaktion gab oder nicht, ist mir nicht bekannt. Es kann sich also bei diesem Antrag nur um eine Erinnerung, ein Schreiben handeln, welches wieder einmal darauf hinweist, was unser Anliegen ist.

Den Abänderungsantrag stellten wir aus zwei Gründen: Erstens weil uns das Thema Attraktivierung fehlte, weil wir glauben, dass es nicht reicht die Almtalbahn so zu erhalten wie sie jetzt ist, sondern dass Maßnahmen gesetzt werden müssen, damit sie noch besser von den in ihrem Einzugsgebiet lebenden Menschen angenommen werden kann. Das Einzugsgebiet der Almtalbahn erreicht immerhin 100.000 Menschen, die nach Wels oder Linz pendeln. Derzeit nutzen an einem normalen Wochentag diese Bahn aber nur etwa 1.200 Menschen. Das ist zwar nicht so wenig, aber im Vergleich dazu, was das Einzugsgebiet insgesamt ausmacht, auch nicht so viel.

Durch entsprechende Modernisierungsmaßnahmen – dies haben Studien ergeben – könnte die Nutzerzahl mehr als verdoppelt werden. Wenn das Ganze dann noch in ein oberösterreichisches Schnellbahnnetz mit attraktiven Umsteigerverbindungen eingebunden wird, können diese Zahlen wahrscheinlich noch weiter erhöht werden. Eine solche

Attraktivierung würde natürlich entsprechende Investitionen erfordern, welche die ÖBB aber nicht zu machen bereit sind. Das haben sie in den letzten zwanzig Jahren bewiesen, denn in diesem Zeitraum wurde so gut wie gar nichts in diese Strecke investiert, wurde nur das getan was unbedingt notwendig war, um den laufenden Betrieb aufrecht zu erhalten.

Der zweite Grund unseres Abänderungsantrages ist folgender: Es ist nicht gut, wenn wir uns dafür einsetzen die Almtalbahnstrecke als ÖBB-Strecke zu erhalten. Ich glaube nicht, dass sich an dieser Haltung der ÖBB in der Zukunft etwas ändern wird. Es ist notwendig uns an alle Entscheidungsträger zu wenden. Einerseits an die ÖBB als diejenigen, welche die Bahn los werden wollen, vor allem aber auch den Bund und das Land, die entsprechende Maßnahmen setzen müssen, damit eine solche Erhaltung und Attraktivierung möglich wird.

In der Resolution aus dem Jahre 2012 haben wir bereits darauf hingewiesen, dass etwa 40 – 70 Millionen Euro investiert werden müssten, um eine solche Attraktivierung der Bahnstrecke zu erreichen. Diese 40 – 70 Mio Euro werden aber nicht so leicht herauszuholen sein, wenn man hört, was unsere Landespolitiker zum Thema Almtalbahn zu sagen haben. So sagte beispielsweise Landesrat Entholzer, dass diese Bahn nicht prioritär ist, dass ihr aber immerhin ein gewisses touristisches Interesse zuzubilligen sei. Eine ähnliche Auffassung vertrat vor zwei Jahren auch Verkehrsministerin Doris Bures. Wir müssen dem ganz vehement entgegenreten. Es handelt sich eben nicht nur um eine Bahn, die von touristischem Interesse ist, sondern es handelt sich um einen ganz wesentlichen Zubringer für die Stadt Wels. Es handelt sich um ein öffentliches Verkehrsmittel für Pendlerinnen und Pendler, insbesondere auch für Schülerinnen und Schüler. Letztendlich handelt es sich auch um ein Verkehrsmittel, welches den Messeverkehr für die Stadt Wels abwickelt und auch hier für unsere Stadt von erheblicher Bedeutung ist.

Aber auch bei der ÖVP-Fraktion sieht es leider nicht besser aus. So äußerte sich Landesrat Hiesl über die Almtalbahn dahingehend, dass er sagte: „Uns interessiert die Mühlkreisbahn. Die brauchen wir um den Verkehr in Linz zu entlasten. Zum Zusperrren übernehmen wir keine Bahn. Das überlassen wir den ÖBB.“ Es ist nicht sehr gut wenn wir die Bahn den ÖBB überlassen, es würde heißen wir überlassen sie den ÖBB zum Zusperrren. Die Landesregierung will sich damit die Hände nicht schmutzig machen. Das ist der Grund warum diese Bahn im Besitz und unter dem Betreiber ÖBB weiter existieren soll. Landesrat Hiesl sagte noch, er will keine Strecken, die als stinkende Erdäpfel anzusehen sind. Das ist meines Erachtens überhaupt eine Entgleisung ersten Ranges, wenn man Nebenbahnen, die vielleicht nicht ganz die Topfrequenz haben, als stinkende Erdäpfel bezeichnet und nicht darüber nachdenkt, wie man sie attraktivieren könnte.

Eine weitere Problematik, die sich mir ganz deutlich zeigt, ist, dass tatsächlich wieder einmal Linz vor Wels gehandelt wird. Natürlich hat Linz Verkehrsprobleme, insbesondere was den Pendlerstrom aus dem Mühlviertel anlangt. Es heißt die Mühlkreisbahn sei prioritär. Wir wissen aber auch, es ist nach heutigem Stand der Dinge geplant die Mühlkreisbahn nicht als Normalspurbahnstrecke zu führen, sondern sie in eine Regiotram umzubauen. Also in eine Straßenbahnlinie, die angeblich bis zu 90 km/h Geschwindigkeit erreichen kann, aber doch keine wirkliche Eisenbahn darstellt und wahrscheinlich auch nicht bis zum heutigen Endbahnhof ausgebaut werden würde, sondern nur bis Rottenegg. Diese Variante ist eindeutig die teuerste, sie kostet immerhin 160 Mio Euro

Investition, während eine Sanierung der bestehenden Strecke nur 60 Mio Euro kosten würde. 160 Mio Euro statt 60 Mio Euro? Wo bleibt da der ökonomische Nutzen? Für das Land Oberösterreich gibt es keinen ökonomischen Nutzen. Sehr wohl gibt es aber einen Nutzen für die Stadt Linz. Die Stadt Linz würde damit eine Regiotram bekommen, die als zweite Straßenbahnachse Linz durchquert. Linz kommt auf diese Art und Weise zu einer zweiten Straßenbahnlinie, die zu einem erheblichen Teil durch das Land Oberösterreich finanziert wird. Das auf Kosten anderer Bahnstrecken, u.a. auch auf Kosten der Almtalbahn. So kann es nicht sein. Daher ersuchen wir unseren Abänderungsantrag zu unterstützen und die vorgesehene Formulierung durch die neue Formulierung zu ersetzen.

Wir sollten an das Land Oberösterreich eine Resolution verfassen, die Hand und Fuß hat, in der ganz klar und deutlich enthalten ist worum es uns geht. Sonst kann ich diese Resolution nur befürworten und ich hoffe eine allseitige Zustimmung zu diesem Anliegen zu finden, damit uns die Almtalbahn in den nächsten Jahren nicht verlustig geht und damit ein wesentlicher Verkehrsträger, der in unsere Stadt führt, abhanden kommt.

StR. Kroiß: Danke dem Kollegen Mag. Teubl für seine Ausführungen. Diesem Abänderungsantrag kann ich auf alle Fälle zustimmen, weil, wie in dieser Studie ausgeführt, dann die doppelte Zahl an Fahrgästen befördert werden kann. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Abänderungsantrag (Anlage 12) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 13) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

12.)

Errichtung einer Verkehrslichtsignalanlage an der Kreuzung
Hans-Sachs-Straße/Schlossstraße (Bedarfsampelanlage); Auftragsvergabe
BZ-VerkR-00070-2014

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 10.03.2014:

Die Lieferung und Leistung für die Errichtung einer Verkehrslichtsignalanlage (Bedarfsampelanlage) an der Kreuzung Hans-Sachs-Straße/Schlossstraße wird an die Firma Siemens AG Österreich, Straßenverkehrstechnik, 1211 Wien-Floridsdorf, Siemensstraße 92, aufgrund des Angebotes vom 27.01.2014 in der Höhe von € 69.877,55 inkl. 20 % MwSt. vergeben.

Einstimmig angenommen.

13.)

Umwelt-Jahreskarte Linie Wels;
Subventionsvereinbarung
BauD-VP-68-2013

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorbereitung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 10.03.2014:

Die Subventionsvereinbarung „Umweltkarte für Wels“ zwischen der Stadt Wels, Stadtplatz 1, Wels, und SAB TOURS Reisebüro und Autobusbetrieb GmbH, Marcusstraße 4, Wels, wird genehmigt.

GR. Ganzert: Ich bin sehr froh, dass mit der heutigen Vereinbarung zur Umweltkarte für die WelserInnen die Stadt Wels versucht, preislich den Personennahverkehr noch etwas attraktiver zu machen. 160 Euro sind sehr viel Geld und es kann durchaus viele Personen dazu bewegen auf den Bus umzusteigen und eine Jahreskarte zu nutzen. Ich finde die Befristung auf drei Jahre und eine darauf folgende Evaluierung sehr gut. Es gibt noch sehr viele andere Aufgaben betreffend den öffentlichen Verkehr. Da ist auf der einen Seite die Almtalbahn auf der anderen die Park&Ride Anlage am Welser Hauptbahnhof. Ich hoffe, dass wir weiterhin den öffentlichen Nahverkehr in Wels verbessern können.

GR. Prof. Mag. Teubl: Dieser bevorstehende Beschluss veranlasst uns zu großer Freude, denn damit wird die im Oktober vergangenen Jahres eingebrachte GRÜNE-Initiative nun endgültig Realität. Damals freuten wir uns, dass alle Fraktionen diesem Antrag zustimmten und wir freuen uns heute noch viel mehr, dass es endlich so weit ist, dass tatsächlich die Umsetzung ins Haus steht.

Ab Mai d.J. soll also nun die Jahreskarte für die Linie Wels statt 410 Euro 250 Euro kosten. Diese 160 Euro Verbilligung wird vor allem für die einkommensschwachen Welserrinnen eine deutliche Erleichterung sein, wenn sie die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen wollen. Das sollte uns nicht nur verkehrspolitisch sondern auch sozialpolitisch froh stimmen. Meine Damen und Herren, wenn wir diesen Beschluss heute fassen, gehen wir von Schätzungen der Linie Wels aus. Daraus ergibt sich ein Subventionsbedarf von 80.000 bis 100.000 Euro für die Stadt Wels. Ich hoffe, dass diese Schätzung viel zu gering gegriffen ist und dass es noch viel mehr WelserInnen sein werden, die von diesem neuen Angebot Gebrauch machen. Ich hoffe aber auch, wenn nach drei Jahren diese Probephase zu Ende ist, dass wir nicht sagen werden, nein wir verlängern dies nicht mehr, weil es zu viele Nutzerinnen und Nutzer gefunden hat. Es ist ein ganz wichtiger Schritt für die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Wels und ich möchte allen Beteiligten danken, die sich dafür einsetzten diese Vereinbarung zu treffen, sodass dieser Beschluss nun endgültig Wirklichkeit wird.

StR. Kroiß: Ich kann mich den Worten meiner Vorredner anschließen. Es freut mich ebenfalls, dass diese Subventionsvereinbarung so beschlossen werden wird. Wir werden sehen wie viele Benutzer des öffentlichen Verkehrs es tatsächlich geben wird.

Zu der Wortmeldung von GR. Ganzert darf ich sagen, natürlich wird es mehr Verkehrsausschusssitzungen geben und bei der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses wird Herr Mag. Stöttinger anwesend sein. Alle Mitglieder können die noch offenen Fragen persönlich mit ihm diskutieren. Ich ersuche um Abstimmung.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt dem Referenten und ersucht die Tagesordnungspunkte 14.), 15.) und 16.) gemeinsam zu behandeln.

14.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels;
Tätigkeitsbericht 2013
SB-Fw-9-2014

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 10.03.2014:

Der beiliegende Jahresbericht 2013 über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird für ihre Leistungen im Jahre 2013 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

GR. Wartinger: Sehr geehrter Herr Ing. Franz Humer! Seitens der ÖVP-Fraktion ein herzliches Dankeschön für den Einsatz aller Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels. Hinweisen möchte ich auf die Sicherheitstips der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels, die per Internet heruntergeladen werden können. Daraus sind vorbeugende und weiterführende Maßnahmen zur Vermeidung von Schäden zu ersehen. Ebenfalls können Verhaltensregeln beispielsweise bei Wahrnehmung von Gasgerüchen heruntergeladen werden. Das 150-Jahr-Jubiläum der Welser Feuerwehr war ein ganz tolles Fest. Danke für deine ausgezeichnete Jugendarbeit und für die geleistete Arbeit in diesem Jahr.

GR. Mag. Humer: Lieber Kollege und Kommandant Ing. Franz Humer! Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion darf ich dir, deinem Führungsteam und allen Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels herzlich danken. Die FFW ist nicht die größte aber die leistungsstärkste Freiwillige Feuerwehr Österreichs. Wie bereits im Vorjahr erwähnt, ist neben der technischen Einsatzleistung auch ein besonderes Einfühlungsvermögen erforderlich. Die Kameraden helfen Menschen, die sich in einer Ausnahmesituation befinden.

Im Vordergrund steht bei der FFW auch die Nachwuchspflege. Schulklassen werden eingeladen, den Kindern macht dies immer wieder Spaß. Die Jugend engagiert sich freiwillig und ehrenamtlich; das ist nicht selbstverständlich - auch hier gilt dir und deinem Führungsteam ein ganz besonderer Dank.

Wir blicken auf 150 Jahre Freiwillige Feuerwehr in Wels zurück und ich glaube wir werden auch in der Zukunft auf eine positiv engagierte, schlagkräftige und professionelle Feuerwehr Wels setzen können.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Lehner verlässt um 17.02 die Sitzung des Gemeinderates.

15.)

Betriebsfeuerwehr Fritsch, Wels, Maria-Theresia-Straße 41;
Tätigkeitsbericht 2013
SB-Fw-10-2014

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 10.03.2014:

Der beiliegende Jahresbericht 2013 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird für ihre Leistungen im Jahre 2013 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Betriebsfeuerwehr AVE, Wels, Mitterhoferstraße 100;
Tätigkeitsbericht 2013
SB-Fw-11-2014

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 10.03.2014:

Der beiliegende Jahresbericht 2013 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr AVE wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Betriebsfeuerwehr AVE wird für ihre Leistungen im Jahre 2013 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt Herrn Kommandant Ing. Franz Humer persönlich für den Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels.

Bgm. Dr. Koits dankt dem Berichterstatter und berichtet, dass es zu Tagesordnungspunkt 17.) einen Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 19) und einen Zusatzantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 20) gibt. Diese beiden Anträge werden von ihm verlesen. Diese bitte in die Beratungen miteinzubeziehen.

Anschließend übergibt Bgm. Dr. Koits den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatterin Gemeinderätin Augustine Hacker

17.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Anti-Drogen-Strategie
DI-Verf-069-2014

GR. Hacker: Die Zielsetzung unseres Antrages ist eine rasche Ausarbeitung einer Anti-drogenstrategie, wobei es ebenfalls einer umfassenden Analyse des Ist-Standes bedarf. Vorerst möchten wir uns für das informative Gespräch mit dem Team der Drogenberatungsstelle Circle, an dem auch Frau Kollegin Huber teilnahm, aufs Herzlichste bedanken. Dieses zeigte, dass hier gute Arbeit geleistet wird, diese jedoch für eine negative Entwicklung hinsichtlich des Drogenmissbrauches unserer Jugendlichen aus verschiedenen Gründen nicht ausreichend ist. Die Erreichbarkeit der Mitarbeiter ist für Hilfesuchende, Betroffene, Angehörige in akuten und kritischen Situationen schwierig bis unmöglich. Die Öffnungszeiten sind nicht entsprechend ausgerichtet. Die Zusammenarbeit zwischen Exekutive, den Schulen, dem Klinikum Wels-Grieskirchen, den Ärzten und den Apotheken krankt bzw. ist praktisch nicht vorhanden.

Wie auch bei dem Präventionsprojekt Click&Check ist es in Bezug auf den Drogenmissbrauch ein absolutes Muss für die Stadt Wels hier eine 24-Stunden-Hotline einzurichten. Tatsache ist, Drogen haben vor allem auf Jugendliche eine große Anziehungskraft. Sie sind neugierig, experimentierfreudig. In den letzten Jahren geben die veränderten riskanten Konsumformen, wie z.B. Crystal Meth, das zurzeit Oberösterreich überschwemmt, und vor allem das immer niedriger werdende Einstiegsalter Anlass zu sehr großen Sorgen. Die Gefahr von Gesundheitsschäden bis hin zu einer Abhängigkeit wird von den Jugendlichen aber auch von den Eltern unterschätzt. Nur wer informiert ist, kann auch vorbeugen.

Gefordert ist dabei eine Sachkompetenz rund um das Thema Drogen, um mit den Jugendlichen in eine wirkliche Diskussion einsteigen zu können. Vorbeugende Maßnahmen können nur wirksam werden, wenn alle Multiplikatoren, sprich Erziehende, Jugendliche, Lehrer, Psychologen sensibilisiert dazu bewegt werden können sich aktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen.

In der auszuarbeitenden Strategie muss auch der jeweilige Zuständigkeitsbereich klar und sicher definiert werden. Wichtig ist alle Maßnahmen einer jährlichen Überprüfung

zu unterziehen. In weiterer Folge sind die Resultate den Fraktionen vorzulegen, damit wir auch die Entwicklung beobachten können. Im Bedarfsfall können wir sofort handeln.

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Uns allen muss die zukünftige Entwicklung unserer Jugendlichen von großer Bedeutung sein. Ich ersuche daher alle Fraktionen sich an der Umsetzung der Ausarbeitung einer Antidrogenstrategie für die Stadt Wels dementsprechend einzubringen und diesem Antrag zuzustimmen.

StR. Huber: Grundsätzlich ist jedes gemeinsame Vorgehen gegen Drogen zu begrüßen. Dieses wichtige Thema bedarf aber einer sachlichen Auseinandersetzung und darf eines nicht sein, dass es zur parteipolitischen Stimmungsmache genutzt wird. Daher fordern wir in unserem Abänderungsantrag die Einsetzung einer Expertenkommission, die unter Einbeziehung der bereits bestehenden Strategien und Maßnahmen einen Suchtplan für Wels weiter entwickelt, damit nachhaltige und langfristige Strategien zur Prävention und Behandlung von Suchterkrankten erarbeitet werden.

Wenn ich im Antrag der ÖVP aber auch im Flyer der ÖVP-Frauen lese, die psychologische Beratung soll ausgebaut werden, ein Notdienst – 24-Stunden-Hotline eingerichtet werden, eine zentrale Betreuung der Süchtigen in eine eigens dafür geschaffenen Einrichtung soll installiert werden, Streetwork eingesetzt werden und die Prävention verstärkt, dann fehlt mir eine Initiative auf Landesebene. Denn eigentlich müsste das Land Oberösterreich für diese Projekte das Geld zur Verfügung stellen. Seit 2009 fordern wir eine niederschwellige Einrichtung für suchterkrankte Menschen, seit 2010 stehen wir an erster Stelle des Suchtplanes des Landes Oberösterreich. Im Suchtbeirat des Landes Oberösterreich, in dem diese Dinge immer wieder behandelt werden, sitzt auch Kollegin LAbg. Doris Schulz. Diese kennt unsere Forderungen nur allzu gut. Bisher scheiterte es immer an der Finanzierung. Daher hat die Stadt Wels 2013 auf eigene Kosten Räumlichkeiten angemietet und jetzt zusätzlich Personal ausgeschrieben, um wenigstens eine Übergangslösung für einen Kontaktladen – so nennt man diese niederschwellige Einrichtung – zu finden. Wir wollen und brauchen, wie Linz, Vöcklabruck und Braunau eine niederschwellige Kontakt- und Anlaufstelle und wir brauchen die volle Unterstützung beim Land Oberösterreich, damit hier endlich die Mittel fließen. Wir haben in den vergangenen Jahren so viel wie nie zuvor in Präventionsarbeit investiert und umgesetzt und ich möchte in Erinnerung rufen – hier im Gemeinderat wurde ein Projekt beschlossen namens „Wir setzen Zeichen“.

In diesem groß angelegten Präventionsprojekt, welches über drei Jahre lief und keine andere Stadt ein solches großes Präventionsprojekt durchführte, hielten wir zahlreiche Veranstaltungen ab. Ein Präventionspreis wurde ins Leben gerufen, etliche Aktionstage durchgeführt, Busse als fahrende Botschafter eingesetzt, ein Peer Drive Clean-Projekt initiiert, Mamma Mia, wir haben Broschüren wie „Über Alkohol reden. Was Eltern wissen sollten“ oder „Live it - leave it“ herausgebracht. Wir haben es auch geschafft Talon – ein Beschäftigungsprojekt für Jugendliche mit Drogenproblematik - in Wels zu eröffnen. Dieses wurde endlich in die Regelfinanzierung des Landes aufgenommen. Ebenso wurden im Bereich „Harmreduktion“ etliche Maßnahmen umgesetzt. Wir haben eine Gesundheitsbeauftragte in der Person von Mag. Julia Reiter installiert und die Agende „Harmreduktion“ an Helmut Schober übertragen. Ebenso wurden Gesundheitsziele beschlossen, die wir abarbeiten.

Gemeinsam mit Gewerbebehörde und Polizei wurden Maßnahmen gesetzt. So hat die Polizei eine auf Drogenkriminalität zugeschnittene Initiative entwickelt und 2010 gestartet. Außerdem wurde eine Stadtpolizeikommando-Ermittlungsgruppe „Jugend- und Straßenkriminalität“ ins Leben gerufen. Durch verstärkte Kontrollen stiegen natürlich die Anzeigen und die Kriminalitätsstatistik in diesem Bereich. Ich hoffe, diese wird uns nicht immer zum Vorwurf gemacht wird – soll die Polizei nun nicht mehr kontrollieren, damit die Statistik besser aussieht? Das kann doch nicht unser Ernst und unser Ziel sein!

Wir tun schon sehr viel in diesem Bereich, aber es kann nie genug sein. Natürlich eignet sich kaum ein Thema so gut wie dieses, um politisches Kleingeld daraus zu schlagen, um Unterschriften zu sammeln. Aber nur ein ehrliches gemeinsames Bemühen und ein Bündeln der Kräfte bringt uns gemeinsam auf allen Ebenen weiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigen sie Interesse an diesem Thema. Nicht nur spontan - beispielsweise gibt es diese Woche noch eine Fachtagung zu diesem Thema, zu welcher der gesamte Gemeinderat eingeladen wurde. Angemeldet haben sich noch nicht sehr viele. Im Jahr 2011 holten wir Experten nach Wels zur Frage „Wie gehen andere Städte mit diesem Thema um?“ und luden zum Austausch ein. Jedoch kamen kaum Mitglieder aus dem Gemeinderat.

Es braucht eine inhaltliche Auseinandersetzung und Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Daher mein Appell und der Antrag für eine Expertenkommission. Nehmen wir dieses Thema endlich aus der politischen Diskussion heraus und lassen wir die Experten arbeiten!

Vergessen dürfen wir eines nicht: Abhängige Menschen sind ein Teil der gesellschaftlichen Realität – sie brauchen auch unsere Hilfe!

GR. Mag. Mayerhofer: Frau Stadträtin Huber sprach bereits in ihrer Wortmeldung an, wie viele Projekte es in der Stadt Wels zum Thema Suchtprävention gibt. Dieses Thema ist auch ein zentrales Anliegen der GRÜNE-Fraktion. Es ist wichtig beim Thema Sucht den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und nicht nur auf die Menschen „einzutreten“. Die an einer Sucht erkrankten Menschen haben oft sehr vielschichtige Probleme. Genau um diese Probleme müssen wir uns annehmen als Gesellschaft, als Mitmenschen. Uns ist es in diesem Zusammenhang auch ein Anliegen in diesen breit gefassten Antrag nicht nur von einer Anti-Drogen-Strategie zu sprechen, sondern eigentlich von einer Anti-Sucht-Strategie. Was ist mit Jugendlichen, die unter Spielsucht leiden? Was ist mit Kaufsucht? Was ist mit dem Thema Internetsucht? Das sind alles brandaktuelle Themen. Auch dieser Themen müssen wir uns annehmen. Der Bereich der Drogensucht, die wirklich auf illegale Substanzen fällt, ist vergleichsweise gering. Nicht vernachlässigbar – aber gering. Also es gibt eine ganze Bandbreite von Süchten und ich habe mir in Vorbereitung auf die heutige Sitzung auch die Unterlagen von einem Vortrag im Oktober 2011 zur Hand genommen. U.a. waren Experten in Wels, die ausführten, dass im Bereich der psychischen Erkrankungen Drogen nur einen ganz kleinen Teil des Gesamtausmaßes sind. Ich glaube, wir sollten uns nicht so sehr auf diesen kleinen Teil fokussieren, sondern das Gesamtausmaß in unserer Stadt im Blick behalten.

Frau Stadträtin Huber sprach auch das Jugendprojekt Talon an, welches Jugendlichen eine Beschäftigungsstruktur ermöglicht – eine Tagesstruktur. Sie können dort hinkommen, an einem Werkstück arbeiten, in der Schreibwerkstatt aktiv werden. So ein Projekt würden wir uns nicht nur für Jugendliche wünschen sondern auch für Erwachsene. Denn Sucht ist nicht nur ein Thema, welches Jugendliche im Besonderen betrifft, son-

dem Sucht betrifft auch Erwachsene. Da wäre es unseres Erachtens wünschenswert Angebote in der Stadt zu schaffen.

Den Zusatzantrag der SPÖ-Fraktion können wir in diesem Fall unterstützen, dass bereits vorhandene Maßnahmen gebündelt werden, dass man sich anschaut wo noch nachgeschärft werden muss und wo wir bereits gut unterwegs sind.

Vzbgm. Dr. Rabl: Das Institut Suchtprävention der Promente Oberösterreich veröffentlichte jährlich bis zum Jahr 2011 in Zusammenarbeit mit den öffentlichen Krankenanstalten Oberösterreichs eine drogenbezogene Diagnosedatenbank. Das Interessante an diesem Bericht ist eigentlich nur eines - er sagt wesentlich mehr aus als eine Kriminalstatistik. Warum? Umso aktiver die Polizei ist, umso mehr Dealer und Drogensüchtige nimmt sie fest. Das lässt nicht unbedingt Rückschlüsse darauf zu, ob jetzt bei den Drogen die Tendenz nach unten oder oben geht. Wenn man die drogendealenden oder drogensüchtigen Personen aus dem Verkehr zieht, ist vielleicht die Situation insgesamt besser, trotzdem sind die Zahlen wesentlich höher als im Vorjahr. Es gibt eine wesentlich bessere Auskunft über die Drogensituation, wenn man sich anschaut, wieviel Drogensüchtige oder Drogenstörungen tatsächlich in den Krankenhäusern behandelt wurden. Diese Broschüre ist durchaus sehr eindrucksvoll, weil sie sogar in einzelne Bezirke aufgliedert ist und daraus historisch betrachtet sehr gut zu erkennen ist, wie sich die Situation in Wels verändert hat.

Bei den Drogenstörungen nimmt bei allen oberösterreichischen Bezirken Wels die erste Stelle ein, Steyr ist am zweiten Platz, Linz am dritten Platz – gerechnet auf 100.000 Einwohner, um eine objektive Vergleichbarkeit zu haben. Wels hat natürlich keine 100.000 Einwohner, deswegen wird es auch verhältnismäßig umgerechnet, sodass sich die Zahl bei 100.000 Einwohnern jeweils ergibt und damit auch vergleichbar wird mit Linz und Steyr. Bei den Drogenabhängigen ist Wels ebenfalls an erster Stelle mit 553 Fällen je 100.000 Einwohner, Steyr an zweiter Stelle und Linz an dritter Stelle mit 275 Fällen. Bei den Drogenvergiftungen ist Wels an erster Stelle, gefolgt von Linz und Steyr. Wenn man sich die Daten des Drogenkriminalitätsberichtes aus dem Jahr 2011 anschaut, ebenfalls veröffentlicht 2012, erkennt man, dass Wels als Umschlagplatz eine zentrale Rolle spielt. Eigenartig bei all diesen Dingen ist eigentlich nur eines, seit 2011 gibt es keine Daten mehr. Weder Promente veröffentlicht noch die drogenbezogenen Diagnosedaten der öffentlichen Krankenanstalten Oberösterreichs, noch gibt es einen Drogenkriminalitätsbericht des Innenministeriums. Das ist die Kritik unsererseits zu diesem Antrag. Der Antrag ist verständlich – wir unterstützen diesen auch – allerdings um eine Drogenstrategie festzulegen, muss ich einmal Basisdaten zur Verfügung haben. Zuerst muss ich wissen wer drogensüchtig ist, welche Altersgruppe, welches Geschlecht, welche soziale Schicht usw. Erst wenn ich diese jährliche Datengrundlage habe, kann ich überhaupt erkennen, ob sich durch diese Drogenstrategie irgend etwas geändert hat oder nicht.

StR. Huber legte die Bemühungen der Stadt Wels bereits dar, wir investieren sehr sehr viel Geld in die Drogenprävention. Es stellt sich jedoch die Frage, bringt das überhaupt irgend etwas? Ist jemals geprüft worden, ob diese Maßnahmen fruchten? Kann dies an den Zahlen nachgewiesen und evaluiert werden? Solange wir kein Zahlen- und Datenmaterial haben, bringt die ganze Drogenstrategie nichts, weil wir überhaupt nicht wissen, wo wir ansetzen müssen. Müssen wir bei den Jugendlichen, den Schülern, bei den Arbeitern oder bei den Akademikern ansetzen? D.h. eine zielgerichtete Strategie braucht Daten. Dies fehlt mir bei diesem ÖVP-Antrag, nämlich dass konkret erhoben

wird, welche Altersgruppe, welcher Beruf, welches Geschlecht usw. davon betroffen sind. Erst nach Zurverfügungstellung dieser Daten können wir eine entsprechend zielgerichtete Strategie entwickeln und entwerfen.

Der Vorschlag der SPÖ-Fraktion eine Expertenkommission einzurichten finde ich sehr gut und zielführend. Allerdings wäre es auch zielführend diese Daten entsprechend zu erheben. Johnny, wenn du mir vorher sagst, dass die SPÖ-Fraktion voraussichtlich diesen Antrag ablehnen wird, weil ihr nicht unsere Parteiarbeit machen wollt mit diesen Daten, kann ich das jedoch nicht ganz verstehen. Ich möchte wissen, auf welcher Basis die SPÖ überhaupt Strategien festlegen will, wenn sie nicht einmal weiß, wieviel Personen in Wels betroffen sind, welche Altersgruppe und welche soziale Schicht. Es wäre für mich schon wünschenswert diesen Schritt zu gehen und auch den Freiheitlichen Antrag zu unterstützen, weil ohne diese Daten keine Drogenstrategie entworfen werden kann. Wie soll das auch gehen? Bei jedem Verkehrskonzept muss ich zuerst Verkehrszählungen durchführen. Bei jedem Förderkonzept muss erst erhoben werden, wieviel Personen davon betroffen sind. Aber für ein Drogenkonzept – ein zentrales Problem in Wels – sind Daten nicht erforderlich, nicht notwendig, es geht auch ohne Daten, obwohl wir in diesen Bereich mehrere 100.000 Euro investieren. Das ist für mich unverständlich. Ich schlage daher vor sich noch einmal zusammzusetzen, wie dies in anderen Bereichen auch üblich ist, und versuchen einen gemeinsamen Antrag einzubringen, mit dem alle drei Anträge zusammengefasst sind. Was ist in diesem Zusammenhang vernünftig? Welche Daten werden benötigt? Wer soll tatsächlich diese Strategie entwickeln? Welcher Zeitraum ist realistisch usw? Wenn wir diese Daten gesammelt haben und diese in einem Ausschuss beraten wurden, dann sollte eine Entscheidung dafür getroffen werden. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, dass sowohl der Hauptantrag, als auch der Zusatzantrag und der Abänderungsantrag in den zuständigen Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss zugewiesen werden.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Dr. Rabl auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 21), des Zusatzantrages (Anlage 20) und des Abänderungsantrages (Anlage 19) in den Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss wird mit

10 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)
gegen 21 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
abgelehnt.

Vzbgm. Lehner, GR. LAbg. Dr. Csar und GR. DI. Leitinger waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Dr. Rabl: Ich nehme zur Kenntnis, dass man an einer gemeinsamen Lösung nicht interessiert ist. Daher wäre es in diesem Zusammenhang sinnvoll auch den Freiheitlichen Antrag zu unterstützen, weil er als Grundlage zur Basisdatenbeschaffung sinnvoll ist und diese Dinge miterhoben werden sollten. Ohne Daten wird eine Strategie langfristig nicht möglich sein.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ganz kurz möchte ich replizieren wie und mit welcher Ernsthaftigkeit eine wirklich sehr gravierende Problematik in unserer Gesellschaft diskutiert wird. Auf Einladung vom Obmann der Welser Wirtschaftskammer gab es einen Sicher-

heitstgipfel, an dem auch hochrangige Polizeivertreter teilnahmen. An der Sitzung hat mein Vorredner die Zahlen von Promente ausgebreitet und bemängelt, dass diese Zahlen jetzt nicht mehr erhoben werden. Dieses benötigte Datenmaterial fehlt und ist ein Hinweis auf die Drogenproblematik in Wels.

Eine Seite der Antwort hat Vzbgm. Dr. Rabl richtig wiedergegeben. Und zwar, dass die Aktivitäten der Polizei dazu führen, dass in der Kriminalstatistik mehr Fälle angeführt sind. Nicht erwähnt hat er jedoch, dass der oberösterreichische Polizeidirektor ganz klar formulierte, dass die Krankenhauszahlen über den Bezirk nichts aussagen, weil die Oberösterreichische Krankenanstalten Schwerpunktkrankenhäuser sind, die regionale Zuweisungen und nicht nur bezirksbezogene Zuweisungen haben.

Mir geht es darum zu sagen, wir haben ein Problem, welches wir diskutieren und anschließend Maßnahmen ergreifen sollten. Mit dieser Frage sollten wir uns ernsthaft und nachhaltig auseinandersetzen. Ich vermisse bei solchen Wiedergaben der Gesprächsinhalte den Wahrheitsgehalt. Das können mir sicherlich einige Mitglieder des Gemeinderates bestätigen. Wenn das die Ernsthaftigkeit darstellt, mit der man sich in dieser Frage auseinandersetzt, dann stelle ich mir die Frage, ob wir das Problem ausblenden wollen? Wollen wir ausblenden, dass auch noch so gut situierte Familien davor nicht sicher sind, dass ihre Kinder Drogen nehmen könnten? Wollen wir ausblenden, dass es namhaften Familien in Wels schon passierte, dass Familienangehörige drogensüchtig waren oder sind? Wenn wir dies ausblenden wollen, befassen wir uns mit diesem Thema so, wie es jetzt Vzbgm. Dr. Rabl machte. Wenn wir wollen, dass das Problem bearbeitet wird, dann brauchen wir im Gemeinderat eine massive Unterstützung der ergriffenen Maßnahmen. Frau Stadträtin Huber berichtete bereits über bestehende Maßnahmen zur Drogenprävention. Natürlich können diese ergänzt werden. Wir können uns mit der von ihr vorgeschlagenen Expertenkommission anschauen, wie wir eine Strategie für Wels entwickeln. Wir brauchen Wahrhaftigkeit und eine gemeinsame Strategie.

Vzbgm. Dr. Rabl: Lieber Johnny, aus deiner Wortmeldung entnehme ich, dass du dir diesen Bericht von Promente nie durchgelesen hast. In diesem Bericht sind alle acht Bezirke des Landes Oberösterreich aufgegliedert, auch Wels-Land, Steyr-Land, Perg usw. Die in diesem Bericht aufscheinenden Personen wurden nach ihrem Herkunftsort gefragt – damit wurde die Zuordnung erstellt. Insofern kannst du erkennen, dass es nicht darum geht wer Schwerpunktkrankenhäuser hat, sondern es geht um den Herkunftsort der PatientInnen. Darüber wurden Statistiken geführt, aus denen sehr wohl Rückschlüsse gezogen werden können. Dass du dich gegen das Sammeln von Daten verschließt, kann ich nicht nachvollziehen. Wenn ich eine wirksame Strategie und eine wirksame Lösung des Problems möchte, muss ich wissen wo ich hingeh. Ich kenne keinen einzigen Betrieb, der sich mit Problemen befasst und das Datenmaterial nicht erhebt.

Sogar bei der Integrationsstudie wurde zuerst das Datenmaterial für die Stadt Wels erhoben um in der Folge eine Strategie entwickeln zu können. Es ist sehr wohl erforderlich auch zur Evaluierung der Sinnhaftigkeit eines Weges und einer Strategie zuerst zu wissen, wie sich eine Situation verändert, um anschließend eine Lösung zu entwickeln. Ich bedaure, dass du alles, was von den Freiheitlichen kommt, immer gleich als Populismus und negatives Szenario darstellst und nicht einmal über deinen Schatten springen kannst. Es gibt Forderungen, die völlig unpolitisch sind und nur zu einer besseren Lösung beitragen sollen. Ganz nachvollziehen kann ich dies nicht.

Den Drogenantrag haben nicht wir sondern die ÖVP eingebracht aufgrund einer gemachten Initiative. Wir haben uns nur bemüht, diesen Antrag dort zu ergänzen, wo aus unserer Sicht ein Nachholbedarf gegeben ist. Das ist nur im Zusammenhang mit den Daten der Fall. Sonst ist der Antrag aus unserer Sicht in Ordnung. Ich verhehle nicht, dass ich es für sinnvoll halte, dass die SPÖ eine Expertenkommission darüber beraten lassen will. Auch das ist sinnvoll, nur weil ein Antrag der SPÖ kommt hier zu sagen, nein – es ist parteipolitisches Kleingeld, man will nur den ÖVP-Antrag nicht in seiner ursprünglichen Form durchbringen, kann ich nicht nachvollziehen. Offensichtlich hast du wirklich Scheuklappen vor den Augen, wenn die Freiheitlichen einen sinnvollen Antrag einbringen. Das finde ich schade, es geht bei diesem Antrag um eine sachliche Lösung und nicht um Parteipolitik.

GR. Prof. Mag. Teubl: Es ist uns allen klar, dass wir im Bereich der Drogenpolitik noch etwas tun müssen. Wir haben in Wels ein Drogenproblem – davor will niemand die Augen verschließen und ich halte es für wichtig, hier eine umfassende Strategie zu erarbeiten, weil wir wissen, dass alles was bisher an zweifellos sehr positiven Initiativen gesetzt wurde, immer noch zu wenig ist. Wir wissen auch, dass dieses Problem nicht dadurch in den Griff zu bekommen ist, dass man die Leute in ein Substitutionsprogramm schickt. D.h. es wird notwendig sein, sich neue Wege einfallen zu lassen.

Zu den geforderten Daten des Herrn Dr. Rabl wollte ich sagen, was soll denn eigentlich erhoben werden? Wir wissen wie viele WelslerInnen in einem Substitutionsprogramm sind. Experten können die Dunkelziffer abschätzen. Wir wissen welche Drogen in Wels auf dem Markt sind. Ich kann mir nicht vorstellen welche Daten noch fehlen. Herr Dr. Rabl vielleicht wollen sie wieder die Fachhochschule mit einer Umfrage beauftragen, in der gefragt wird: Nehmen sie Drogen? Wenn ja welche und wie oft? Leben sie in einem sozialen Brennpunkt? Ich glaube nicht, dass eine solche Umfrage weitere Erkenntnisse bringen wird, die uns in der Bekämpfung dieses sehr ernstes Problems hilfreich sind.

GR. Haböck: Eine kurze Replik auf Stadträtin Huber – ich glaube schon, dass das Thema Drogen, Drogenprävention, Drogenbekämpfung ein höchst politisches Thema ist und sehr wohl politisch diskutiert werden soll und auch muss. Das griechische Wort „Politiker“ besagt ja, es sind Dinge und Tätigkeiten, die sich mit dem Gemeinwesen auseinandersetzen. Wenn ein Thema Bedeutung hat für das Gemeinwesen, ist es sicherlich auch das Drogenthema.

Sie haben aufgezählt welche umfangreichen Maßnahmen im Bereich Prävention und Behandlung es in der Stadt Wels beim Thema „Drogen“ und „Jugend und Drogen“ gibt. Dass die Zahlen steigen, muss – wie bereits angeführt – nicht unbedingt etwas Schlechtes bedeuten in dem Sinne, dass es mir persönlich lieber ist die Polizei leistet hier gute Aufklärungs- und Ermittlungsarbeit, als dass die Zahlen unter den Tisch gekehrt werden oder das Thema totgeschwiegen wird. Wenn aber wirklich ein großes Problem besteht - ich glaube darüber herrscht auch Konsens - und wenn wir wissen und Möglichkeiten aufarbeiten wollen, wie wir das Thema in den Griff bekommen, ist es an uns eine gemeinsame Strategie festzulegen. Ich danke meiner Kollegin Tina Hacker, dass sie dieses Thema in den Gemeinderat bringt. Es ist von größter Notwendigkeit hier eine Evaluierung durchzuführen. Das ist der Punkt, der mir in diesem Antrag fast am besten gefällt. Denn nur wenn wir ein richtiges, professionell aufgearbeitetes Datenmaterial zu dieser Problematik haben, können wir eine richtige Strategie festlegen und mit Mehrheit beschließen. Deswegen ist es umso wichtiger hier aufzuklären, die Daten in Wels festzustellen und zu evaluieren. Anschließend sollen die bestehenden Program-

me, die bestehenden Betreuungseinrichtungen und die bestehende Arbeit mit den drogensüchtigen Menschen evaluiert werden, um zu verbessern bzw. zu schauen, wo effizienter gearbeitet werden kann.

Als Obmann der Jungen ÖVP und als Jugendvertreter ist es mir ein Anliegen einen Appell zu richten, dass das Thema Drogen sicherlich ein Thema ist, welches die Jugendlichen einerseits beschäftigt aber auch leider betrifft. Trotzdem mein Appell an die Erwachsenen und an die Eltern dieses Thema ernst zu nehmen. Es kann nicht alles die Politik, der Staat richten. Die Eltern sind hier gefordert ihren Kindern auch ein gutes Beispiel zu sein, ein Vorbild zu sein und als Familie die Probleme zu lösen.

GR. Weidinger: Um was geht es bei diesem Antrag? Der Gemeinderat der Stadt Wels will nur eines, dass beim Thema Drogen etwas weiter geht. Die SPÖ hat Recht mit dem Einsatz der Expertenrunde und ich glaube auch, dass die FPÖ Recht hat, dass man Daten, Fakten, Zahlen erheben muss, damit man weiß wovon man spricht.

Kollege Dr. Rabl nannte Zahlen, die sich mit meinen Zahlen nicht decken. Mittlerweile gibt es noch andere Zahlen. Also ich glaube, dass es bei diesem Thema einmal ganz wichtig ist den Status quo herzustellen, damit eine Grundbasis erstellt wird, mit der gearbeitet werden kann. Ich ersuche im Sinne des Antrages eine Brücke zu schlagen, damit gemeinsam dieses Thema vorangetrieben wird. Ich glaube nicht, dass hier jemand politisches Kleingeld daraus lukrieren will. Es geht um die Sache. Deswegen würde ich mir eine Zusammenarbeit aller Fraktionen bei diesem Thema und eine Zustimmung bei den Abänderungsanträgen wünschen.

GR. Hacker: Ich bedanke mich für die sehr sachliche Diskussion und nochmal ein Appell an sie: Es sind alle Fraktionen gefordert für Wels eine positive Entwicklung anzustreben.

Der Zusatzantrag (Anlage 20) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 16 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
und 14 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)
und 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der Abänderungsantrag (Anlage 19) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 21) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Lehner war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

18.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend autofreier Stadtplatz auf Probe
DI-Verf-070-2014

GR. Prof. Mag. Teubl: Vor rund eineinhalb Jahren, am 29. Oktober 2012, brachte die GRÜNE-Fraktion im Gemeinderat einen Antrag ein mit dem Ziel, den Stadtplatz autofrei zu machen. Vor eineinhalb Jahren bin ich hier, so wie heute, vor ihnen gestanden und trug ihnen unzählige Argumente vor, warum eine solche Maßnahme sinnvoll erscheinen mag.

Sie, meine Damen und Herren, zogen es damals vor darauf nicht weiter einzugehen und verwiesen diesen Antrag ohne jede Debatte einem gemeinsamen Präsidial- und Integrations-, Wirtschafts- und Stadtentwicklungs- sowie Verkehrs- und Straßenbauausschuss zur weiteren Bearbeitung. Zu einem solchen Dreier-Ausschuss kam es allerdings bis heute nicht. Somit wurde dieses Thema bis heute nicht ernsthaft diskutiert.

Damals sagte ich in meiner Rede zur Begründung des Antrages unter anderem Folgendes: „Wir GRÜNE sind nicht so blauäugig zu glauben, dass hier und heute alle Fraktionen zustimmen werden und schon im kommenden Jahr der Stadtplatz eine attraktive Fußgängerzone sein wird. Aber ich ersuche sie diese Idee nicht erneut in einer Schublade verschwinden zu lassen, sondern einer weiteren ernsthaften Diskussion zuzuführen.“

Das waren damals meine Worte. Genau das aber ist nicht passiert. Ich weiß nicht in welcher Schublade dieser Antrag derzeit liegt, aber diskutiert wurde er jedenfalls nicht.

Es ist mehr als erwiesen, dass der Stadtplatz nicht die geringste Bedeutung am Verkehrsgeschehen in unserer Stadt hat. Kein Mensch muss über den Stadtplatz fahren um irgendwo hinzukommen. Der Stadtplatz wird ausschließlich als Parkplatz genutzt bzw. dazu genutzt, einen Parkplatz zu suchen. Dafür ist er wahrlich zu schade.

Wir haben reichlich Parkraum in unmittelbarer Nähe. Von den leerstehenden Parkgaragen bis zum Messegelände gibt es Parkplätze in Hülle und Fülle. Dies in einer Entfernung, die in etwa einer Entfernung vom Parkplatz eines Shoppingcenters bis zum Inneren desselben entspricht. Dennoch beginnen die Welser Kaufleute regelmäßig aufzuschreien, sobald das Thema Verkehrsberuhigung angeschnitten wird. Sogleich wird versucht eine wirtschaftliche Katastrophe herbeizureden. Dazu kann ich nur sagen, die Welser Kaufleute haben es offensichtlich immer noch nicht begriffen, dass nicht Autos einkaufen, sondern Menschen. Dass es darum geht, die Frequenz in der Innenstadt zu erhöhen.

Wir wollen keineswegs die Innenstadt zu Tode beruhigen, wie StR. Kroiß meinte. Ganz im Gegenteil - wir wollen zu ihrer Belebung beitragen. Aber das wird in Zukunft einfach

nicht mehr funktionieren, wenn man nur die Geschäftskunden im Blickfeld hat, denn diese sind längst in die Einkaufszentren am Stadtrand abgewandert. Warum sind sie dorthin abgewandert? Weil sie keine Fußgängerzone wollen? Das kann doch wohl nicht sein! Was ist denn ein Einkaufszentrum anderes als eine überdachte Fußgängerzone? Man fährt nicht in ein Einkaufszentrum weil es dort mehr Parkplätze gibt, sondern unter anderem deshalb, weil es dort einheitliche und lange Öffnungszeiten gibt, also einkaufen kann, wann man Zeit hat. Das ist in der Innenstadt leider unmöglich.

Wir diskutieren seit Jahren über die Problematik unserer sterbenden Innenstadt. Inzwischen ist es allen Beteiligten klar, wir müssen ein umfassendes, innovatives und tragfähiges Konzept entwickeln, um eine Trendwende herbeizuführen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Neuorientierung ist uns endlich von dieser altmodischen Vorstellung zu verabschieden, die Innenstadt wäre eine einzige Shoppingzone. Das ist ein Konzept aus dem vorigen Jahrhundert, als „Wels - die Einkaufsstadt“ noch funktionierte ohne auch nur irgendetwas tun zu müssen. Doch heute liegen die Dinge anders und ohne umzudenken wird es einfach nicht gehen.

Wir müssen es schaffen, dass die Menschen gerne in die Innenstadt gehen. Sie sollen kommen weil sie sich hier wohlfühlen, dann werden sie nebenbei auch einkaufen. Voraussetzungen sind jedoch das Ambiente stimmt, die Innenstadt strahlt eine einladende Atmosphäre aus, die Altstadt als grandiose Kulisse für den urbanen Lifestyle wird in den Mittelpunkt gestellt und diese wunderschöne Altstadt wird nicht als Parkplatz missbraucht.

Die Lokale am Stadtplatz würden von einem autofreien Stadtplatz extrem profitieren. Ihre Gäste wären nicht ständig dem Lärm und den Abgasen ausgesetzt. Neue Lokale würden hinzukommen und noch mehr Leute in die Innenstadt locken. Auch der Tourismus würde davon profitieren. Denn Touristinnen und Touristen bewegen sich, wie sie wahrscheinlich aus eigener Erfahrung wissen werden, vorrangig in autofreien Zonen. Wels hätte hier noch viel Potenzial, nützt es aber leider nicht.

Das geschlossene historische Ensemble des Stadtplatzes mit dem Ledererturm als der Landmark muss für Bewohnerinnen und Bewohner ebenso wie für Touristinnen und Touristen in seiner ganzen Pracht erfahrbar gemacht werden und seiner Bedeutung entsprechend zur Geltung kommen. Das kann aber nur gelingen, wenn er vom Parkplatz-Such-Verkehr und vom stehenden Verkehr soweit wie möglich befreit wird. Das Stadtzentrum muss also multifunktional aufgewertet werden. Es muss wieder zu einem attraktiven Wohnraum werden. Vzbgm. Dr. Rabl möchte 2000 neue Bewohnerinnen und Bewohner in die Innenstadt bringen.

Das Stadtzentrum muss auch wieder als Fortgeh- und Flanierzone attraktiv werden und es muss auch als Treffpunkt für Kulturinteressierte funktionieren. Chillen, Flanieren, Erholen, Feiern in konsumfreien Zonen müssen als weitere Nutzungsmöglichkeiten zu der Einkaufsfunktion hinzukommen. Wir müssen den Stadtplatz endlich zu einer echten Wohlfühlzone machen. Der Herr Bürgermeister sprach einmal vom Wohnzimmer der Stadt. Was machen wir in einem Wohnzimmer, in dem Autos abgestellt sind? Das ist eine Garage und kein Wohnzimmer.

Wir müssen den Stadtplatz also autofrei machen insofern, als wir diesen Parkplatz hier beseitigen. Das, meine Damen und Herren, ist keine Grüne Schnapsidee, wie Vzbgm. Peter Lehner in einer Pressemitteilung meinte. Denn schon 2008 gab der von der Stadt

Wels engagierte Berater für die geplante Neugestaltung der Innenstadt Dr. Christian Mikunda - ein Marketingexperte - sehr deutlich zu verstehen, dass es notwendig ist, das großartige Gebäudeensemble auf dem Welser Stadtplatz, das unser wesentliches architektonisches und touristisches Kapital darstellt, besser zur Geltung kommen zu lassen, in dem der Autoverkehr zur Gänze von diesem Platz verbannt wird. Auch andere Stadtplaner und Stadtraumgestalter sagen uns seit längerer Zeit, dass sie derselben Meinung sind.

Doch was interessiert uns die anerkannte Meinung von Experten, wenn wir um Wählerstimmen bangen müssen? Das ist doch die Wahrheit, meine Damen und Herren, warum sie oft gegen ihre eigene Überzeugung nicht den Mut aufbringen diesem Vorschlag zuzustimmen. Die Politik ist nicht willens das zu tun, was für die Stadt gut ist, sobald von irgendwoher Gegenwind kommt.

Bereits 2012 brachten wir den Vorschlag, ein zumindest Pilotprojekte zu lancieren, wie zum Beispiel einen autofreien Stadtplatz in den Ferienmonaten, einen autofreien Stadtplatz in der Adventzeit, um den Welserinnen und Welsern erfahrbar zu machen was dieser Platz noch kann, außer ein Parkplatz zu sein. Doch auch darauf gab es bisher keine Reaktion, weder von Seiten des Stadtmarketings noch von politischer Seite. Darum versuchen wir heute erneut ein solches Pilotprojekt zu lancieren.

Der vorliegende Antrag, meine Damen und Herren, verlangt keinen autofreien Stadtplatz auf immer und ewig. Sondern er ist gedacht als eine Möglichkeit die vorweihnachtlichen Aktivitäten der Welser Weihnachtswelt über den gesamten Stadtplatz - vom Ledererturm bis zur Stadtpfarrkirche - auszudehnen und so ein stimmungsvolles Ambiente zu schaffen, das Seinesgleichen suchen würde.

Für die Welserinnen und Welser wäre es gleichzeitig eine gute Gelegenheit zumindest für einige Wochen das Flair eines autofreien Stadtplatzes zu genießen und zu sehen, was hier alles möglich ist.

In der Begründung des Antrages haben wir damit auch noch die Überlegung verbunden, dass sich die Weihnachtswelt aus dem Pollheimerpark zurückziehen könnte und so der Weg für eine Umgestaltung dieser Parkanlage frei würde. Das ist jedoch nicht Bestandteil dieses Antrages sondern nur eine zusätzliche Idee, die unseres Erachtens dafür sprechen würde.

Mit diesem Antrag kommen wir ganz bewusst jetzt schon um eine rechtzeitige Umsetzung möglich zu machen. Falls es Widererwarten dennoch im heurigen Jahr für die Adventzeit schon zu spät sein sollte, dann könnte man es ja im Jahr darauf zumindest damit versuchen.

Die Welser Weihnachtswelt hat sich das Ziel gesteckt, die schönste des ganzen Landes zu werden. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, das sicherlich nicht bloß immer mit dem Gleichen erreichbar sein wird, sondern das auch eine gute Portion Innovation erfordert. Umso erstaunter mussten wir zu Kenntnis nehmen, dass Stadtmarketingdirektor Jungreithmair unseren Antrag nicht als konstruktiven Vorschlag begreift, sondern gerade reflexhaft sofort in die Ablehnung geht und uns sogar vorwirft die Weihnachtswelt zum Spielball der Politik zu machen.

Das ist doch völliger Unsinn! Aber es reiht sich in die lange Reihe der Stellungnahmen ein, die alle von Diskussionsverweigerung, Innovationsverweigerung und Mutlosigkeit geprägt sind.

Wir sind uns sicher, dass auf lange Sicht kein Weg an einem autofreien Stadtplatz vorbeiführen wird - nicht nur zu Adventzeit. Sollten sie heute schon diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, würde uns das natürlich umso mehr freuen.

GR. Buttinger: Dieser Antrag ist es wert, dass er noch ausführlicher und intensiver beraten wird und daher stelle ich den Geschäftsordnungsantrag diesen Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Buttinger auf Zuweisung gst. Initiativantrages an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss zur weiteren Beratung wird bei

gegen 12 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion)
19 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und Grüne-Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer, GR. Mag. Humer und Vzbgm. Lehner waren bei der Abstimmung nicht in Sitzungssaal anwesend.

StR. Kroiß: Geschätzter Kollege Teubl! Sie sprachen von einer sterbenden Innenstadt, von Gastgärten, in denen die Gäste dann im Winter durch Abgase und Fahrzeuglärm belästigt werden. Das alles stimmt nicht, weil es im Winter an und für sich keine Gastgärten in diesem Bereich gibt. Der von ihnen angesprochene Gestank ist nicht vorhanden. Von einer sterbenden Innenstadt zu sprechen, halte ich für übertrieben. Wenn sie ihr Konzept weiterbetreiben, dann wird die Innenstadt in diesem Bereich sterben. Es muss ein Mischverhältnis Fußgängerzonen, Begegnungszonen aber auch Verkehr geben. Wir brauchen Fahrbahnen und Parkplätze.

Ich kann mich ihrer Meinung nicht anschließen, dass wir jetzt den Weihnachtsmarkt vom Pollheimerpark auf den Stadtplatz verlegen sollen. Gerade der Pollheimerpark ist wirklich ein Schmuckstück. Dieser verbreitet weihnachtliches Flair für die Kinder mit einer Rutsche, mit Tieren und mit dem Ledererturm, welcher über die Stadtgrenzen hinaus bekannt ist.

Der Pollheimerpark soll Verbindungsstrecke sein vom Stadtplatz, über den Pollheimerpark, Ringstraße zum Gösser Weihnachtsmarkt. Dieser Bereich würde damit wieder zerstört. Ich bin auch davon überzeugt, dass eine Fußgängerzone im Westteil des Stadtplatzes kontraproduktiv ist. Was ist so schlimm daran, wenn die Kunden am Stadtplatz parken, ihre Einkäufe erledigen, ihre Geschenke in das Fahrzeug geben und dann noch weiter in diesem Bereich flanieren?

Gerade wenn wir hier alle Parkplätze streichen, treiben wir die Kunden in die Einkaufszentren. Der schönste Stadtplatz nützt uns nichts, wenn er leer ist. Uns gehen dann natürlich die potenziellen Kunden ab. Gerade in diesem Bereich sind die Gehsteige

sehr breit, die Kunden können flanieren und in Auslageflächen sehen was die Kaufleute anbieten.

Die Weihnachtszeit ist auch die Fortgehzeit der Welser und Welserinnen. Gerade die Frauen schätzen es, wenn sie am Stadtplatz parken können und nicht weit zu den Lokalen haben. Wegen einer individuellen Veranstaltung kann der Stadtplatz gesperrt werden. Ich halte jedoch nichts davon diesen westlichen Bereich während der Weihnachtszeit komplett zu sperren.

GR. LAbg. Dr. Csar: Wir werden diesen Antrag der GRÜNEN nicht unterstützen. Es ist sehr wohl notwendig den Verkehr über den Stadtplatz zu führen. Die Verkehrssituation könnte sicherlich optimiert und verbessert werden. Beispiel Minoritenplatz. Es würde eine weitere Verschärfung des Autoindividualverkehrs bringen, wenn der Stadtplatz für den Autoverkehr gesperrt wäre.

Ich denke hier an die Verkehrsführung im übrigen Stadtgebiet von Wels mit dem Einbahnsystem. Dieses hatte immer nur den Sinn den Individualverkehr zu erschweren. Für eine weitere Verschärfung dieser Situation sind wir nicht zu haben.

Wir weisen auch darauf hin, dass zurzeit der Stadtplatz nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen ist. Insbesondere ist es einzigartig, dass das Rathaus, welches für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zur Verfügung stehen sollte, nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen ist. Das gibt es in keiner größeren Stadt oder Gemeinde. Diesen Umstand sollten wir nicht dadurch verschärfen, dass man nicht einmal mehr mit dem Individualverkehr das Rathaus erreichen kann. Die ÖVP-Fraktion wird diesen Antrag nicht unterstützen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Die Diskussion um autofreie Innenstädte ist ja nicht nur für Wels spezifisch. Es wird in sehr vielen europäischen Städten darüber diskutiert. In diesen Städten gibt es nach langjährigen Diskussionen autofreie Versuchsphasen. Wir kennen das vielleicht von Urlaubsreisen. Auch in Wels gibt es Menschen, die in der Innenstadt wohnen oder sich vielleicht ansiedeln wollen, jedoch sagen es ist ein Lebensraum und keine Verkehrsfläche.

Es gibt in der Stadt Wels einige Diskussionen zu diesem Thema, wie den Agenda-Prozess, und zum Thema Begegnungszonen. In einer gemeinsamen Ausschusssitzung könnten wir diese Dinge diskutieren und haben wir eine die Chance gemeinsam Konzepte zu erarbeiten.

Wir sollten an die Zukunft denken, in die Zukunft investieren. Dazu brauchen wir einen aktiven Verkehrsstadtrat, der es als seine Aufgabe sieht gemeinsam solche Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen. Die Bewohner der zukünftigen verkehrsberuhigten Zonen und Begegnungszonen werden es uns allen danken.

Vzbgm. Dr. Rabl: Ich möchte nochmals kurz darlegen, warum die Freiheitliche Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen wird. Der Sinn der Weihnachtswelt liegt darin, die Innenstadt in der wichtigsten Handelszeit zu beleben. Dazu ist es erforderlich, dass die Besucher der Stadt Wels eine Stadtrunde gehen können.

Für die Stadt selbst ist der unattraktivste Bereich dieser Runde, der Bereich zwischen dem Ledererturm und der Ringstraße. Diesen Bereich musste man irgendwie überbrü-

cken. Logischerweise sollte in dieser Zone die Weihnachtswelt in irgendeiner Weise stattfinden, damit die Menschen immer etwas zu sehen bekommen, wo sie durchschlendern, am Ring zurückgehen und entweder wieder über die Fußgängerzone zum Stadtplatz finden oder über die Pfarrgasse.

Das ist der Grund warum es nicht so einfach ist, die Weihnachtswelt in der Pollheimerstraße einfach auf den Stadtplatz „zu verpflanzen“. Aus meiner Sicht ist das gut zu überlegen. Die Weihnachtswelt, so wie sie jetzt ist, funktioniert gut. Allerdings, wann wird diese Weihnachtswelt denn tatsächlich besucht? Wann habe ich eine Besucherfrequenz? Die Besucherfrequenz habe ich ab 16:30 Uhr. Tagsüber ist die Weihnachtswelt nicht übermäßig besucht. Das heißt, ich brauche keine größere Weihnachtswelt, weil wir auch keine qualitativ höherwertigen „Ständler“ finden werden, die sich den ganzen Tag hinstellen nur um vielleicht am Abend ein bisschen mehr Gel einzunehmen. Bereits jetzt gibt es Probleme bei der Beschickung. Untertags haben wir Frequenzprobleme. Dann zu sagen ich sperre den Stadtplatz, errichte eine Weihnachtswelt am Stadtplatz und zusätzlich noch eine Pollheimer-Weihnachtswelt obwohl wir wissen, dass die Frequenz einfach nicht vorhanden ist, kann ich nicht verstehen.

Der Idee zur Weihnachtszeit einen autofreien Stadtplatz zu fordern, können wir nicht näher treten. Es gibt sehr objektive Argumente dafür und es hat nichts damit zu tun, lieber Johnny, ob der Verkehrsreferent dafür oder dagegen ist und ob er eine Sitzung abhält oder nicht. Mir fällt nur auf, dass du regelmäßig irgend etwas suchst um die Freiheitlichen „anzuputzen“ und eine objektive Diskussion nur mehr dafür verwendest um politisches Kleingeld und Populismus zu machen. Das halte ich für nicht sinnvoll und auch nicht fair gegenüber dem Verkehrsreferenten, der aus meiner Sicht das Referat so gut führt wie kein anderer zuvor.

Insofern ist dieser Antrag der GRÜNE-Fraktion nicht ausreichend überlegt und aus diesem Grund werden wir diesen Antrag völlig gerechtfertigt ablehnen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich verfolgte die Debatte sehr aufmerksam und über weite Strecken bekam ich den Eindruck, dass es nicht darum ging unsere Argumente zu entkräften sondern vorgefertigte Stellungnahmen vorzulesen.

StR. Kroiß sagte, wir treiben die Kunden in die Einkaufszentren. Herr Stadtrat, es tut mir leid, sie sind schon lange dort. Wir müssen es schaffen sie in die Innenstadt zu locken. Das Argument mit den Frauen müsste eigentlich die Frauen aufschreien lassen. Für wie hilflos werden sie dargestellt, dass sie nicht wo anders als am Stadtplatz parken können?

Gerade zur Weihnachtszeit wäre es angebracht das Auto zuhause stehen zu lassen. Denn wer von uns trinkt nicht einen Punsch, einen Glühwein oder sonstiges Hochprozentiges in der Weihnachtswelt? Dann ist es doch weitaus besser, wenn man auf andere Art und Weise diese Weihnachtswelt aufsucht als mit dem eigenem Fahrzeug.

Kollege Dr. Csar sagte richtig, im Welser Verkehr gibt es an allen Ecken und Enden Probleme. Sie haben das Einbahnsystem genannt, da gebe ich ihnen vollkommen Recht. Das Welser Einbahnsystem ist nach wie vor eine Katastrophe. Aber die von uns schon lange angestrebte Öffnung der Einbahnen in der Roseggerstraße und in der Eisenhowerstraße wurde ja immer wieder abgelehnt.

Auch ihre Bemerkung zu den öffentlichen Verkehrsmitteln kann ich nur unterstreichen. Natürlich ist es unglaublich, dass der Stadtplatz mit einem öffentlichen Verkehrsmittel nicht erreichbar ist. Aber auch hier fordern wir schon lange einen Citybus, die Verbesserung der Linienführung und der Betriebszeiten. All das wurde im Gemeinderat nicht unterstützt.

GR. Reindl-Schwaighofer sagte, auf Urlaubsreisen schätzen wir die autofreien Innenstädte. Das ist genau das, was ich meine. Wels als Tourismusstadt ist nicht attraktiv, solange die zentrale Altstadtzone nicht autofrei ist. Aber wie gesagt - wo anders gefällt es uns, bei uns wollen wir es nicht!

Viele Mitglieder unterstützen dies privat – das weiß ich. Stadtrat Kroiß sagte beispielsweise schon 2009 nach seinem Amtsantritt in einem Zeitungsinterview: „Ich halte es für sehr sinnvoll. Man könnte mit schönen Schanigärten mehr Menschen in die Innenstadt bringen. Aber das ist gegen die Kaufleute nicht durchzusetzen und das würde für mir politisches Harakiri bedeuten.“

Vzbgm. Hermann Wimmer äußerte sich einmal in einem Facebookbeitrag ähnlich: „Autofreie Innenstadt ist super. Aber in Wels kann man das nicht durchsetzen.“ Warum kann man das nicht durchsetzen? Weil keine Bewusstseinsbildung in diese Richtung betrieben wird, sondern immer nur die Argumente derer die es verhindern wollen, unterstützt und weiter gegeben werden.

Lieber Johnny, du machtest den Vorschlag diesen Antrag in einem Ausschuss zu behandeln bzw. sprach auch GR. Buttinger darüber. Wir hatten dieses Problem ja bereits. Das hätte wirklich keinen Sinn. Das letzte Mal verlagerten wir es in diesen gemeinsamen Ausschuss, der nicht existiert. Vielleicht sollten wir die Angelegenheit in den Ausschuss für „unbequeme Angelegenheiten“ verlagern. Auf diese Art und Weise werden wir nicht weiter kommen.

Vzbgm. Dr. Rabl meinte, die Belebung bei der Weihnachtswelt funktioniert vor allem dadurch, dass man eine Runde gehen kann. Also wenn ich von der Stadtpfarrkirche eine Runde über den Weihnachtsmarkt gehe, fällt mir auf, dass dieser schon vor dem Rathaus zu Ende ist. Denn hier gibt es eine große Unterbrechung des Weihnachtsmarktes. Sie waren nicht im Saal, als ich sagte, das die Idee mit dem Pollheimerpark nur eine Idee war. Ich kann mich durchaus damit anfreunden diesen Weihnachtsmarkt über den ganzen Stadtplatz und über den Pollheimerpark Richtung Gösser-Advent weiter zu ziehen. Aber gerade diese Unterbrechung vor dem Ledererturm, dem schönsten Teil des Stadtplatzes, ist meines Erachtens ein Versäumnis der Planung diese Weihnachtsmarktes.

Vielleicht haben wir tatsächlich in irgendeinem Gremium - sei es bei der Planung der Innenstadt, sei es in einem Ausschuss - einmal Gelegenheit die von mir heute vorgebrachten Argumente zu diskutieren und nicht nur reflexartig eine Ablehnung zu signalisieren. Ich bin davon überzeugt, dass dieser autofreie Stadtplatz kommen wird und ich hoffe wir alle werden es noch erleben.

Der Initiativantrag (Anlage 22) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird bei

	<u>3 Ja-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion)
gegen	<u>16 Nein-Stimmen</u> (FPÖ und ÖVP-Fraktion)
und	<u>14 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits unterbricht von 18.17 bis 18.50 Uhr die Sitzung des Gemeinderates zur Abhaltung der Bürgerfragestunde.

GR. Weidinger verlässt die Sitzung um 18.29 Uhr.

19.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend vignettenfreie Umfahrung, Resolution
DI-Verf-071-2014

GR. Prof. Mag. Teubl: Dieser Antrag der GRÜNEN-Fraktion befasst sich mit der Vignettenpflicht auf der Autobahnumfahrung rund um Wels. Wir wissen, diese Autobahnumfahrung wird von vielen Menschen nicht genutzt, weil sie keine Vignette kaufen wollen oder können. Auf diese Art und Weise entsteht ein entsprechend vermeidbarer Durchzugsverkehr in der Stadt. Wenn man aus dem Raum Eferding oder Wels-Ost nach Wels-West zu den neuen Einkaufszentren oder zum Kino fahren möchte, würde sich dieser Autobahnring anbieten. Aber ohne Vignette fahren die Autofahrer durch das Stadtgebiet.

Daher unser Vorschlag einer Resolution an Frau Bundesministerin Doris Bures. In dieser Resolution soll der Welser Gemeinderat um Aufhebung der Vignettenpflicht auf dem Autobahnabschnitt zwischen Wels-West und Wels-Ost ersuchen, und zwar mit folgendem Wortlaut:

„Der Gemeinderat der Stadt Wels ersucht um Aufhebung der Vignettenpflicht auf den Autobahnabschnitten zwischen Wels-Ost und Wels-West. Dieses Straßenstück stellt gewissermaßen die Ortsumfahrung für die Stadt Wels dar, wird aber von AutofahrerInnen aus dem Umland, die keine Vignette erworben haben, gemieden, wodurch unnötiger Verkehr im Stadtgebiet entsteht.“

Die ASFINAG würde durch die Aufhebung der Vignettenpflicht auf dem genannten Autobahnabschnitt kaum eine Einnahmenminderung haben, die Stadt Wels hingegen würde von unnötigem Durchzugsverkehr entlastet. Ich ersuche diesem Antrag zuzustimmen.

StR. Kroiß: Ein durchaus gutgemeinter Antrag der GRÜNEN-Fraktion. Ich gebe ihnen Recht, er würde den Verkehr in der Stadt entlasten. Dieser Antrag wird jedoch ein großes Problem seitens der ASFINAG werden, denn diese wird einer Ausnahmegenehmi-

gung für die Stadt Wels nie zustimmen. Alle anderen Städte, wie Wien, Linz, Salzburg etc. würden diesem Beispiel folgen. Dieser Antrag wird keine Zustimmung finden - ganz im Gegenteil! Die noch vorhandenen mautfreien Strecken würden von der ASFINAG geschlossen werden. Beispiel: Kufstein/SÜD, wo jetzt nicht mehr vignettenfrei gefahren werden darf.

Diesbezüglich gab es seitens der FPÖ-Fraktion eine Anfrage im Nationalrat. Die zuständige Ministerin antwortete darauf, dass alle Staatsbürger gleich zu behandeln sind. Noch interessanter war die Anfrage der GRÜNE-Abgeordneten, Frau Gabriele Moser, die bei der Frage der Aufhebung der Vignettenpflicht – ähnlich hier in Wels – meinte: „Wir sind für eine rigorose Einhaltung der Vignettenpflicht, wir pochen auf die Einhaltung des Bundesstraßenfinanzierungsgesetzes.“ Was will ich damit sagen? Beschließen wir in Wels diese Resolution, haben wir nicht einmal die Unterstützung der GRÜNEN im Bund, weil die GRÜNEN für eine rigorose Vignettenpflicht sind. Außerdem ist dieser Zeitpunkt für eine Resolution nicht sehr geschickt gewählt, weil wir immer noch in Verhandlungen mit der ASFINAG betreffend Autobahnabfahrt Wels/Wimpassing stehen.

GR. Markus Wiesinger stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Verkehrs- und Straßenbauausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Markus Wiesinger auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 23) zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich bedanke mich für die lebhaftige Diskussion und stelle fest, dass gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung kein Einwand erhoben wurde und diese somit als genehmigt gilt. Die Sitzung ist geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schrifführer: